

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 258

SONNTAG, 29. Mai 1938

Aus dem Inhalt:

Hitlers Pläne im Norden

Die Wohnungsnot in Deutschland

Kein Ausweg aus der Finanzklemme

Preis: Fr. 1,50

EN AVANT! Hebdomadaire en langue allemande

Redaktion und Verlag: 5, Rue Mayran. Paris-9, Téléphone: Trudaine 46-52

Hitler als Angreifer

Die grosse europäische Krise um die Tschechoslovakei

Die ursprüngliche politische Konzeption von Hitler hat einen schweren Stoss erlitten. Schon in „Mein Kampf“ hat er den Plan entwickelt, Italien und England als Bundesgenossen zu gewinnen, um Frankreich niederzuschlagen und Russland zu berauben.

Er hat die Bundesgenossenschaft von Italien gewonnen. Er hat darüber hinaus damit gerechnet, dass England sich bei entscheidenden Machtveränderungen in Mitteleuropa neutral verhalten würde. Die Ereignisse am ersten Tag der tschechoslovakischen Gemeindevahlen haben ihn belehren müssen, dass seine Rechnung falsch ist. Die englische Regierung hat ihm unmissverständlich zu verstehen gegeben, dass sie zur Gegenkoalition gehören werde, falls er den Krieg entfesselt.

Dennoch ist die Kriegsgefahr nicht gebannt. Am 21. und 22. Mai hatte sich die Lage rasch zugespitzt. In Berchtesgaden sass Hitler mit seinem Kriegsrat, Truppenbewegungen in Bayern deuteten auf die Absicht eines Gewaltstreiches hin. Die tschechoslovakische Regierung berief eine Jahresklasse von Reservisten ein. Die englische Regierung aber sandte zweimal ihren Botschafter zu dem deutschen Aussenminister, damit er ihm unzweifelhaft die Haltung Englands darlege.

Herr von Ribbentrop wird keine Möglichkeit haben, beim Ausbruch eines offenen Konfliktes zu behaupten, dass er über die Haltung der englischen Regierung im Unklaren gelassen worden sei. Er wird die Vorwürfe nicht wiederholen können, die am 4. August 1914 Bethmann-Hollweg dem englischen Botschafter Goschen gemacht hat.

Mit dem ersten Wahltag in der Tschechoslovakei ist die Gefahrenzone noch nicht passiert. Es wird in der englischen Presse behauptet, dass die sudetendeutsche Partei nach Abschluss der Wahlen die gesamte Verwaltung im sudetendeutschen Gebiet an sich ziehen und sie von der Autorität der Zentralregierung in Prag lösen wolle, um darnach die Grenze zwischen dem sudetendeutschen Gebiet und dem Deutschen Reich praktisch aufzuheben. Ein solcher Putsch müsste zweifellos ernste Massnahmen der tschechoslovakischen Regierung hervorrufen, und diese Massnahmen wiederum die deutsche Intervention.

In diesem Falle aber wäre der kriegerische Konflikt in ganz Europa da. Hitler würde sich einer geschlossener Koalition der Westmächte gegenübersehen. Die Situation vom Beginn des Weltkrieges würde abermals da sein. Und nicht nur das! Seine Politik der Rechtsbrüche und der Gewaltstreiche

der Drohung und des Terrors hat dafür gesorgt, dass in dem dann beginnenden Kriege die ganze Welt in Deutschland den Angreifer erblicken würde. Es wird dann keine „Kriegsschuldflüge“ mehr geben, sondern ein ganz einheitliches, geschichtlich unumstössliches Urteil: Hitler ist der Angreifer.

Bei der ersten grossen europäischen Entscheidung, die Hitler anstrebt, wird die Schwäche seiner Stellung schon im Vorstadium sichtbar. Hitler spielt Hazard mit dem Leben und der Zukunft des deutschen Volkes. Heute gibt es keine Experimente mehr auf der Grundlage seiner „traumwandlerischen Sicherheit“, heute muss er wissen, wo die grossen Mächte im Kriegsfall stehen werden. Er ist gewarnt. Wenn er dennoch weiter zum Kriege treibt, der wieder ein Krieg gegen eine Weltkoalition werden würde, so wird die ganze Wucht der Verantwortung für ein neues Verbrechen auf sein Haupt fallen.

Die Lüge

„Im Verlauf der letzten Woche“ — so lesen wir in der „Essener National-Zeitung“ — „ereigneten sich in allen Teilen des tschechoslovakischen Staatsgebietes, in denen Sudetendeutsche leben, zahlreiche Zwischenfälle, bei denen Angehörige der deutschen Volksgruppe tätlich angegriffen und in unerhörter Weise beleidigt worden sind.“

Die dreiste Unverschämtheit und Verlogenheit dieser Darstellung ist im allgemeinen in der ganzen Welt ohne Widerspruch geblieben. Damit ist nicht gesagt, dass sie Glauben gefunden habe. Man hat diese Darstellung hingenommen, weil man sich daran gewöhnt hat, dass brutale Gewalt und Zweckklügen untrennbar miteinander verbunden sind. Man ist es müde geworden, jeder Lüge der dirigierten Presse die Wahrheit gegenüberzustellen, weil das Uebermass der Lüge endlose Entlarvung fordern würde.

In der Tat haben sich zahlreiche Zwischenfälle ereignet, bei denen Angehörige der deutschen Volksgruppe tätlich angegriffen und in unerhörter Weise beleidigt worden sind! Stärkster Wahlterror nach dem Muster des Wahlterrors im Dritten Reich wird gegen die Sudetendeutschen ausgeübt, die sich weigern, sich gleichzuschalten. Prügelkommandos sind nachts in Wohnungen von Henleingegnern eingedrungen, um sie einzuschüchtern; es hagelt gröbliche Beleidigungen gegen die Sozialdemokraten, die als «Verräter», «rote Schweine», «rote

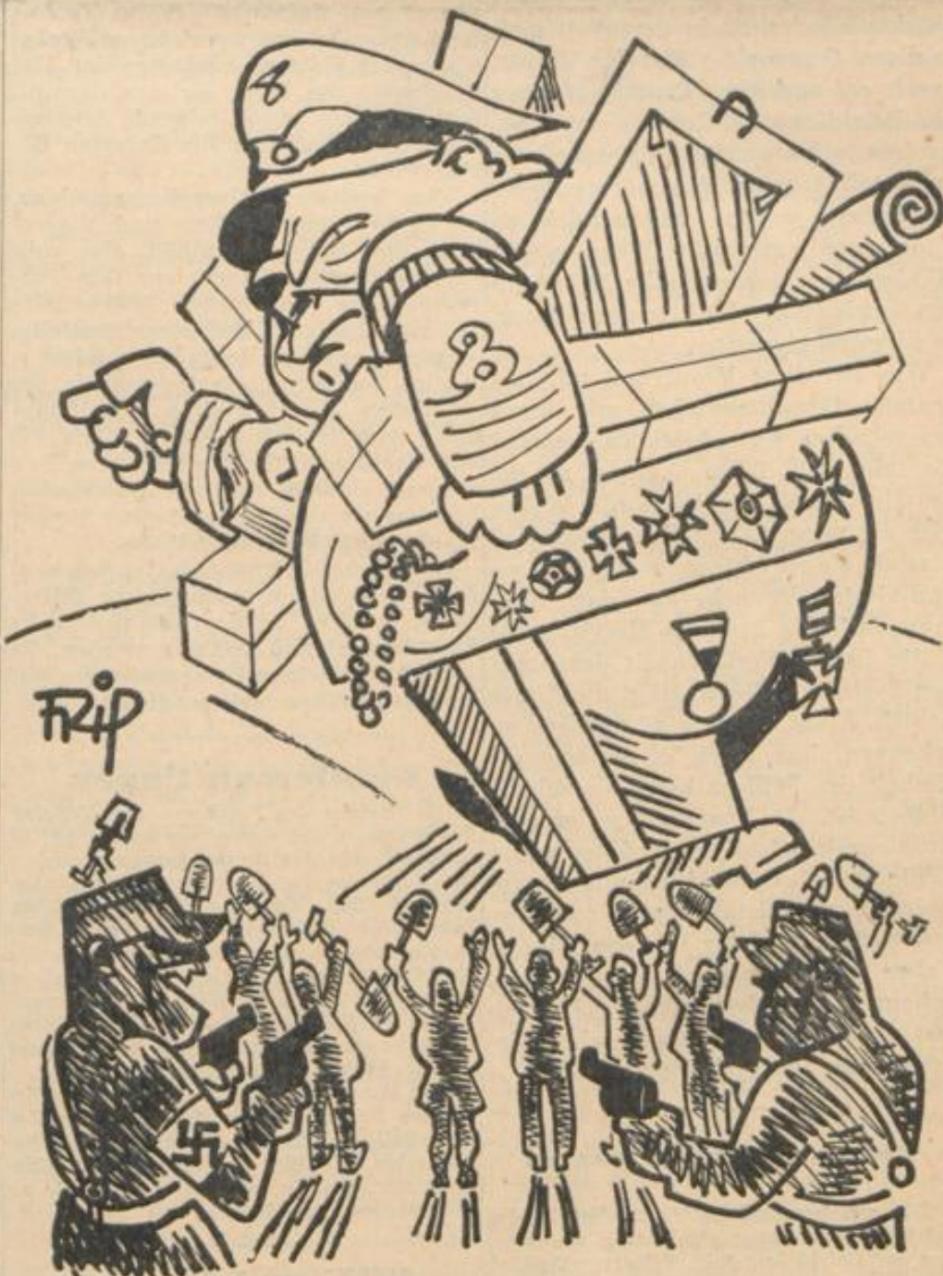
Separatisten» beschimpft und angegriffen werden. In vielen Orten des sudetendeutschen Gebietes konnte die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslovakei der Henleinpartei keine Gegenkandidaten gegenüberstellen, weil ihre Kandidaten mit der Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz, mit der Entlassung vom Arbeitsplatz, mit dem Boykott und offener Gewalt bedroht worden sind. Aber, so berichtet die „National-Zeitung“: „Die Wahl steht im Zeichen tschechischen Terrors.“

Sie steht so gut im Zeichen tschechischen Terrors wie jede „Wahl“ im Dritten Reiche, wie die sogenannte Volksabstimmung im eroberten Oesterreich im Zeichen sozialdemokratischen Terrors gestanden hat!

Wie schwach ist die Verteidigung

der europäischen Demokratie geworden, dass sie gegenüber den dreisten Verdrehungen der nationalsozialistischen Propaganda nicht einmal mehr zwei zeitlich und sachlich unmittelbar zusammengehörige Ereignisse zusammenhält! Was im sudetendeutschen Gebiete vor sich geht, ist die Uebertragung des in Oesterreich geübten nationalsozialistischen Terrors auf tschechoslovakisches Staatsgebiet. Der Druck der deutschen Militärmacht fesselt die tschechoslovakische Staatsgewalt und entfesselt den nationalsozialistischen Terror. Die Terroristen aber, die seit Wochen Oesterreich in eine Hölle des Schreckens und der Unterdrückung verwandelt haben, beschwerten sich, dass die Wahlen in der Tschechoslovakei angeblich nicht nach streng demokrati-

Euch werden wir schuftigen beibringen!



„Es wird niemanden in der Welt etwas geschenkt.“
„Wir wollen uns auch nichts schenken lassen!“

(Göring in Linz)

schen Grundsätzen durchgeführt werden.

Diese Wahlen haben in der Tat mit Demokratie nichts mehr zu tun. Eine Partei, die keine Partei im demokratischen Sinne ist, sondern nur eine Aufstandsorganisation, / vergewaltigt mit der Unterstützung der gesamten militärischen Macht des Dritten Reiches im Rücken den Teil der sudeten-deutschen Bevölkerung, der mit den Grundsätzen des braunen Despotismus nichts zu tun haben will. Für diese Partei ist die Wahl nichts anderes als die Vorbereitung eines Putsches.

Sie schreiben über Terror, aber sie können den Augenblick nicht abwarten, an dem sie auch in diesem Gebiet Konzentrationslager für die „Roten Verräter“, für die „Separatisten“ eröffnen können.

Sie sprechen von einer Provokation des deutschen Volkes — aber seit fünf Jahren provozieren sie die gesamte rechtlich denkende Welt durch unerhörte Misshandlung, Beschimpfung und Unterdrückung jeder politischen und glaubensmässigen Minderheit in Deutschland.

Sie berufen sich heuchlerisch auf die unabdingbaren Lebensrechte einer Minderheit — aber sie vertreten im gleichen Atemzuge das Prinzip, dass Minderheiten nicht geduldet werden können, sondern dem Untergange geweiht sind.

Und nicht nur Minderheiten! Der Terror, der seit fünf Jahren in Deutschland herrscht, und den sie eben erst nach Oesterreich übertragen haben, ist nicht der Terror einer Mehrheit gegen eine Minderheit, sondern das Instrument einer ausgesprochenen Minderheitsdiktatur.

Es lebt in Deutschland eine Minderheit — vielleicht ist es sogar die Mehrheit —, die sich wirklich nach Befreiung sehnt. Wenn es eine unterdrückte Minderheit in der Welt gibt, so diese. Gegen sie wütet der Terror, hagelt es amtliche Beschimpfungen und Beleidigungen. Gegen sie sind besondere Unterdrückungsregimenter aufgestellt worden. Angehörige dieser Minderheit werden misshandelt, zu Tode gequält, ermordet. Wenn es eine Minderheit gibt, die das Recht hat, an das Gewissen der Welt zu appellieren, so diese Minderheit.

Was hat diese Minderheit mit den brutalen Gewaltmenschen, mit ihren amoralischen Unterdrückern gemein? Sie teilt nicht ihren Glauben an die brutale Gewalt, sie lehnt die Wahndee als pangermanischen Nationalismus ab, sie spricht sogar eine andere, kultiviertere Sprache als das Neupreussisch des braunen Militarismus!

Die innere Verlogenheit des braunen Systems indessen trägt die Strafe in sich. Eines Tages wird das System erkennen, dass durch Terror erzeugte Einheit des Willens keine wirkliche Einheit ist. In kommenden grossen Auseinandersetzungen wird der wahre Wille der Unterdrückten und Terrorisierten mit elementarer Kraft hervorbrechen, und die heutigen Machthaber in Deutschland werden dann erkennen, dass das Volk zwischen seiner eigenen Sache und der seiner Unterdrücker unterscheiden wird.

Feinde ringsum - mag es sein

Die gleichgeschaltete Presse hat in den letzten Tagen gegen eine Reihe von Staaten auf Befehl losgetobt. Selbstverständlich wie immer gegen Sowjetrussland. Dann gegen Frankreich, dem vorgeworfen wird, dass es Waffen nach Barcelona liefere, während die Politik der Nichtintervention fordere, dass nur Deutschland und Italien

niervenieren dürfen. Weiter gegen die Vereinigten Staaten von Amerika, deren Staatsmänner beschimpft werden, weil sie die Gewaltpolitik der Diktatoren in das rechte Licht gerückt haben. Schliesslich gegen Brasilien, weil die brasilianische Regierung die Zusammenhänge zwischen der deutschen Regierung und den brasilianischen Putschisten aufgedeckt hat. Man arbeitet kräftig daran, sich soviel Feinde wie möglich zu schaffen, immer nach der aus dem Weltkrieg bekannten Parole: Hier werden noch Kriegserklärungen entgegengenommen.

Der grosse Einnehmer

Göring in Oesterreich: „Geschenkt wird einem nichts auf der Welt.“

Dieser Satz kehrt in jeder der vielen Reden wieder, die Göring in den letzten Tagen in Oesterreich gehalten hat. Die Bemerkung soll sich allerdings nur auf die Bewohner des eroberten Oesterreich beziehen und beileibe nicht etwa auf den Redner selbst, denn ihm wird geschenkt. Er war der erste Nazi, von dem bereits im Februar 1933 festgestellt wurde: Er nimmt. Damals war das noch etwas ungewöhnlich, denn die nationalsozialistischen Staatsmänner standen erst am Anfang ihrer ertragreichen Laufbahn, und damals tuschelte man nur leise von millionenschweren Aktienpaketen der Bayrischen Motorenwerke. Inzwischen ist die Angelegenheit längst über lumpige Aktienpakete und Tuscheln hinausgewachsen.

Es gab eine Göringhochzeit mit langen Geschenklisten, auf denen Jagdschlösschen, Strandvillen, seetüchtige Segeljachten und kostbare Gemälde nur so nebenbei aufgezählt wurden. Es ist mittlerweile guter deutscher Brauch geworden, dass die Herren des Landes die schönsten Stücke aus den Museen einander zum Geschenk machen. Bevor solche Schätze dem Volk endgültig entzogen werden, lässt sich der also Beschenkte noch einmal für die Zeitungen photographieren. Er ist in den Anblick der „Neuerwerbung“ vertieft, und der Leser hat vorschriftmässig zu denken: „Gott, wie sich unser geliebter Hermann freut.“

Vielleicht denkt der Leser aber auch manchmal etwas anderes, wenn er allein in zwei Nummern des „Völkischen Beobachters“ aus der letzten Woche, ausser der üblichen Photographie: Das Geschenk des Duce für den Generalfeldmarschall, noch folgende österreichische Geschenkliste für Hermann Göring findet:

Eine kostbare Mineraliensammlung, die in 32 Arten alle Erze und Mineralien des Pinzgaues enthält, eine vollständige Jagdausrüstung aus dem Jahre 1624, ein kunstvolles Weidmesser mit Elfenbeingriff und ein ebensolches Jagdhorn aus dem Besitz des polnischen Königs Sobiesky, ein Oelgemälde des englischen Malers Philipp von Hamilton, dem Hofmaler Kaiser Karls IV. und der Maria Theresie das eine Falkenjagd darstellt, und ein prachtvolles Weidmesser aus der berühmten Steyrer Stahlschnittschule Blümelhuber.

Ob zum Sonderzug des einnehmenden Generalfeldmarschalls ein Güterwagen gehört, in dem die Geschenke nach Deutschland gefahren werden, die er vorher in seinen Versammlungen auf langen Tischen ausstellen liess?

Gentleman Papen

Die Leiche des Freiherrn von Ketteler, des Sekretärs des Herrn von Papen, ist bei Haiburg aus der Donau gezogen worden. Die Sekretäre des Herrn von Papen pflegen auf diese Weise zu sterben. Edgar Jung und Oberregierungsrat von Bose wurden am 30. Juni 1934 erschossen. Ihr Nachfolger, Herr von Tschirschky, verliess eines Tages fluchtartig Wien und ging nach Italien in die Emigration, da er fürchtete, ebenfalls ermordet zu werden. Ketteler war der Nachfolger Tschirschkys.

Wie kommt es, dass die Gestapo die Sekretäre Papens dezimiert, vor ihm selbst aber halt macht? Wie kommt es, dass Papen seine Sekretäre abschiesst, ohne auch nur den Versuch zu machen, sie zu schützen oder zu decken?

GPU und Gestapo

Die neudeutsche Presse benützt die Veröffentlichungen des früheren sowjetischen Prokurators Andreas Dubrovsky, um sich spaltenlang über die „sowjetrussi-

schen Foltergreuel“ zu entrüsten. Alle Angeklagten der neueren Zeit seien von der GPU bearbeitet worden. In Sowjetrussland habe kein Mensch ein Recht auf Leben:

„Nicht anders verhält es sich mit den Geständnissen, die dem Befehl der GPU entsprechend abzugeben sind. Bei der Erpressung dieser Geständnisse meldet sich aber der Mensch. Er weiss, dass er dem Tode nicht entrinnen kann. Trotzdem sucht er sich an jeden Strohhalm zu klammern. Die Verböde werden infolgedessen zu einem Feilschen mit dem Angeklagten, wobei vor Erpressungen und Torturen nicht zurückgeschreckt wird, wenn er sich widerspenstig zeigt.“

Man liest GPU und hört immer Gestapo. Man könnte sagen, die Gestapo sei bei der GPU in die Schule gegangen, wenn die Methoden der Schinderknechte nicht zu allen Zeiten dieselben gewesen wären. Die braunen Schinder haben diese Methoden um eigene Erfindungen bereichert, dazu gehören z. a. der Prügelbock im KZ, die Misshandlungen als KZ-Schaustellungen und die Kulturretter-Pose. Mitte April wurden in Hamburg 37 Angeklagte, die zu der verboten christlichen Vereinigung der Bibelforscher gehört haben sollen, zu Gefängnisstrafen von vier Jahren bis zu einem Jahr verurteilt.

Asylrecht?

Hollands Emigrantensperre

Die Niederländische Regierung hat erklärt, künftig überhaupt keine Flüchtlinge mehr aufnehmen zu wollen, sie hat — schlimmer noch — ihrer Massregel rückwirkende Kraft auf den 1. März dieses Jahres verliehen, wodurch einige hundert bereits eingewanderte zum Verlassen des Landes gezwungen werden. Die Schwierigkeiten eines kleinen Staates, der bei acht Millionen Einwohnern von einer um 400.000 schwankenden Arbeitslosenziffer geplagt ist, dürfen gewiss nicht übersehen werden. Die Regierung beruft sich in einer offiziellen Erklärung darauf, dass sie seit Hitlers Machtergreifung an die 25 000 Emigranten aufgenommen habe, dass damit aber die Kapazität des Landes gesättigt, wenn nicht überschritten sei. Es komme noch hinzu, dass das Flüchtlingsproblem weit entfernt sich zu lösen, von Jahr zu Jahr sich verschärfe. Wenn nun gar noch die übrigen Grenzländer Deutschlands ihre Aufnahmebedingungen verschärfen — wie z. B. Frankreich —, so bestehe für Holland die verstärkte Gefahr einer uferlosen Uberschwemmung mit Emigranten.

Dies die Hauptargumentation der Regierung. Man kann ihr eine gewisse Schlüssigkeit nicht bestreiten. Niemand könnte es der holländischen Regierung unter den von ihr aufgezeigten Bedingungen verargen, wenn sie gegen uferlosen Zustrom von Emigranten eindämmende Bestimmungen erliesse. Was aber Erstaunen erweckt, das ist die radikale Form der Massnahme, die Weigerung, überhaupt noch irgend einen Flüchtling neu ins Land zu lassen — abgesehen von ganz vereinzelten Fällen, in denen die Zulassung im besonderen Interesse Hollands liegt.

Dies Verhalten scheint uns nicht nur wirtschaftliche, es scheint uns auch politische Hintergründe zu haben. Es hängt zusammen mit dem, was C. G. in diesen Spalten unlängst als konservativen Demokratismus geschildert hat. Der konservative Demokratismus findet sich in Holland in ausgeprägter Form. Man kann ihn sogar als die traditionelle Form der holländischen Demokratie bezeichnen. Die Niederlande sind seit ihrer Befreiung vom spanischen Joch — also seit Ende des 16. Jahrhunderts — bis in die Zeiten der französischen Revolution hinein, Republik, eine der frühesten Republiken Europas gewesen; aber sie waren eine Republik des kaufmännischen Grosskapitals mit ausgesprochen gemässigtem Charakter, liberal in der geistigen, konservativ in der politischen Haltung. Im 19. Jahrhundert, zumal nach 1848, wurde der Liberalismus auch politisch in Holland tonangebend, um sich nach dem Weltkrieg wie anderswo auch hier bis auf Splitterparteien zu verflüchtigen.

Zur Zeit ist der politische Liberalismus in Holland völlig einflusslos. Bis zu den Wahlen liess man ihn noch pro forma mitregieren, nach den Maiwahlen von 1937 gab der Ministerpräsident Colijn den Liberalen und Freisinnigen den Laufpass. Sein Block aus calvinistischer und katholischer Orthodoxie verfügte nun ohne Zuziehung des freisinnigen und des liberalen Gruppens über eine sichere parlamentarische Mehrheit. Die etwa ein Viertel der Parlamentssitze umfassende sozialdemokratische Opposition ist ebenfalls von der Regierung ausgeschlossen.

Nun ist auch das Ministerium Colijn gewiss nicht faschistisch — von seinem römisch-katholischen Flügel sollte man annehmen, dass er als „gebranntes Kind“ doppelt das Feuer scheut. Aber von orthodox-religiösen Gesichtspunkten beherrscht, ist die Regierung ohne jede innere Sympathie für aktivistische Freiheitskämpfer. In

„In der mündlichen Urteilsbegründung führte der Vorsitzende des Sondergerichts unter anderem aus, dass die Angeklagten Flugschriften mit Greuelpropaganda übelster kommunistisch-marxistischer Art, die aus dem Ausland herüber, verteilt hätten, obwohl sie die Zustände in Deutschland durchaus kannten. Das habe mit Religion nichts zu tun. 200 solcher Volksschädlinge sind von der Staatspolizei in Hamburg gefasst worden und sehen in weiteren Prozessen ihrer Aburteilung entgegen.“

So schrieb dazu das Dresdner Nachrichtenblatt. Einige der obigen 37 Angeklagten haben ihre angeblich marxistisch-kommunistische Propaganda in der Untersuchung gestanden und in der Hauptverhandlung widerrufen. Mit grauenhaften Foltern hatte die Gestapo auch in diesem Falle „Geständnisse“ erpresst, denen jeder ansah, dass sie diktiert wurden, denn die Bibelforscher haben mit Marxismus genau so wenig zu tun, wie Hitler mit der Kunst. Gegenwärtig präpariert die Gestapo die verhafteten Zweihundert. Ueber zweihundert Christen treibt man in einer Stadt zusammen, um sie für ihren Glauben zu foltern — das Ausland schweigt. Und einige Auslandsblätter zitieren kommentarlos, wie sich die neudeutsche Presse über GPU-Greuel entrüstet.

der spanischen Frage hat das Ministerium sehr deutliche Beweise dafür geliefert, — wir brauchen nur zu erinnern, an die Ausbürgerung und die kürzlich erfolgte Internierung des begabten holländischen Dichters Jef Last, der auf spanischer Regierungsseite mitgefochten hat und jetzt als „lästiger Ausländer“ bezeichnet und — behandelt wird!

Es ist zuzugeben, dass ein Teil der holländischen Bevölkerung aus der politischen Kleinstaatsatmosphäre heraus die Haltung — des Ministeriums durchaus billigt. Für den Holländer war seine Freiheit in früheren Jahrhunderten ein Privilegium, das er vor andern Völkern voraus besass. Privilegien erzeugen leicht einen Privilegien-Egoismus. Man liebt sein Vorrecht, gewiss, man schützt und behütet es; — aber man liebt es um so mehr, als andere — es nicht geniessen! Der Durchschnitts-Holländer ist zwar weit entfernt davon, einem Herrn Mussert oder einem andern Diktatur-Aspiranten seine eigene Freiheit opfern zu wollen. Aber wenn die Italiener ihren Mussolini, wenn die Deutschen ihren Hitler durchaus haben müssen, — was geht ihm das, und was gehen ihm die Opfer dieser Diktatoren an?!

Freilich vergisst diese Denkart eins: Es war einmal ein Jahr 1787 in der holländischen Geschichte. Damals gab es in Holland einen Volksaufstand, einen Vorläufer der grossen französischen Revolution. Der besonders unbeliebte und unfähige General-Statthalter Wilhelm V. wurde gezwungen, abzudanken und das Land zu verlassen. Aber er war zufällig der Schwager des absoluten Preussenkönigs: Einige Wochen später marschierten preussische Regimenter in Holland ein und führten Wilhelm V. wieder auf seinen Sitz zurück.

Selbst das Dasein einer konservativen Demokratie hängt mitunter davon ab, dass beim grossen Nachbar nicht gar zu absolutistisch regiert wird. Man soll das selbst in einer scheinbar zweitrangigen Frage, wie der des Asylrechts für Emigranten, nicht ganz aus dem Auge verlieren . . . M.

Mangel an Pflegetellen

In den letzten Jahren wurden, wie man uns aus dem Rheinland schreibt, oftmals Leuten die Pflegekinder abgenommen, wenn sie früher links eingestellt oder Freidenker waren. Neuerdings besteht ein grosser Mangel an Pflegetellen, da die Lebensmittelversorgung der Familien öfters Schwierigkeiten bereitet. Die Jugendheime rufen der NSV. bitten flehentlich, dass Pflegekinder aufzunehmen; dabei besuchene auch Leute, denen früher die Kinder entzogen waren. Anscheinend bestehen Gedanken gegen die nationale Zuverlässigkeit dieser früher links eingestellten Eltern nicht mehr. Die Helferinnen freuen sich, wenn man überhaupt mit ihnen zusammenarbeiten will. Es wurde sogar öffentlich aufgefordert, dass Eltern, die ein Pflegekind aufnehmen wollen, sich bei den Ortsgruppen der NSV. melden möchten.

Flucht aus dem KZ

Aus einem thüringischen Konzentrationslager sind zwei Insassen entflohen, nachdem sie einen SS-Mann erschlagen haben. Die Polizei hat eine Belohnung für die Greifung der Entflohenen ausgesetzt, die in öffentlichen Veröffentlichungen als gemeinliche Verbrecher und schlimmste Staatsfeinde beschimpft werden. Die Tatsache, dass die Entflohenen bisher nicht aufgefunden worden sind, lässt darauf schliessen, dass Hilfe in der Bevölkerung gefunden haben. Dass Opfer des Systems aktive Sympathie und Hilfe in der Bevölkerung finden, ein wichtiges Stimmungszeichen.

Vom luxuriösen Leben

Die im Verlag Eher Nachf., München, erscheinende Zeitschrift „Die wirtschaftspolitische Parole“ bringt in ihrem Heft 4, 1938, einen Aufsatz, der sich mit der Verschuldung der Bergarbeiter beschäftigt. Es wird darin festgestellt:

„Bei einer Zeche mit 500 Gefolgschaftsmitgliedern liegen im Lohnbüro für nicht weniger als 30 000 Mark Lohnpfändungen vor. Nun sollen es, hoch gerechnet, 300 Mann bis zur Pfändung haben kommen lassen, dann ergibt das pro Kopf eine Verschuldung von 100 Mark. Das sind aber nur die Beträge, um die sich bereits der Gerichtsvollzieher kümmert. Die anderen Schulden, bei denen man sich mit Stottern hindurchlaviert, sind gewiss eher höher als niedriger. Gesamtverschuldung dieser einen Belegschaft also mindestens 60 000 Mark. Lehrlinge, Putzfrauen und andere kleine Einkommen abgerechnet, die sich von solchen Verpflichtungen freigehalten haben, ergibt eine Durchschnittverschuldung von 150 Mark mindestens, also ein volles Montaseinkommen. Dabei haben wir eher noch zu günstig gerechnet.

Mindestens 80 Prozent der Belegschaft ist bis über die Ohren verschuldet!

Mindestens 400 von 500 deutschen Kumpels müssen weit höhere Beträge für Gerichtsvollzieher, Gericht, Bankzinsen, Spesen usw. von ihrem kargen Einkommen hinauswerfen, als die Beträge es sind, um die sich der Führer und seine Männer lange und ernst den Kopf zerbrochen haben, ehe sie die Aufbesserung der Nettobeträge der Bergarbeiter durch die Neuregelung der Knappheitsverordnung unter Dach und Fach brachten.

Denen, die gegenüber diesen Wahnsinn immer noch im alten Tran behaupteten, es sei Sache des Einzelnen, auf welche Weise er sein Geld hinauswerfe, wird es nun aber doch die Sprache etwas verschlagen, wenn sie hören, dass infolge dieser Verschuldung die Förderleistung der Zeche zurückgeht.

Schulden bezahlt man bekanntlich nicht gern, besonders nicht an Gläubiger, die einem den Lohn gepfändet haben, sodass automatisch immer ein Drittel der Pfändungsgrenze einem weggeschnappt wird. Was macht man? Man „ärtert“ den Gläubiger, indem man sein Einkommen so reguliert, dass diese Grenze nur immer so eben erreicht wird. Ueberschichten verfährt man nicht und auch sonst wird je nach der Nähe der Gefahrengrenze mal „krank gefeiert“.

Erfolg: Die Kohlenförderung der Zeche wird nicht voll gehalten und im Zeitalter der Anspannung aller Kräfte bis zum Äussersten erleben wir die Groteske, dass der verfluchte Pump mit schuld daran ist, dass ausgerechnet einer der wichtigsten Rohstoffe nicht so intensiv gefördert wird, wie nötig und möglich wäre.

Womit bewiesen ist, dass das Borgwesen, das von Monat zu Monat noch immer zunimmt, wie die glanzvollen Abschlüsse der Abzahlungsrufen beweisen, zu einer geradezu volksfeindlichen Angelegenheit sich auswachsen kann. Und es ist schon nicht anders denn als eine üble Spekulation zu bezeichnen, wenn Abzahlungsfirma ihre Vertreter gerade in die Kolonien unserer endlich wieder arbeitenden Kumpels schicken, den Frauen in Abwesenheit der Männer teure Nähmaschinen und Radioapparate aufschwätzen, weil Frauen — Verzeihung — leichter zu betören und auch nicht immer mit dem billigsten Volksempfänger zufrieden sind, wenn sie den Fernempfänger mit nur 10 Mark abzahlen können!

Also die Frauen sind es, und die teuren Nähmaschinen und die kostbaren Fernempfänger. Man sollte es nicht glauben, was so eine Bergarbeiterfrau für Luxusbedürfnisse hat. Ein Fernempfänger, wo doch die Reden des Führers immer so nah sind. Und darum sind 80 Prozent der Belegschaft so schwer verschuldet. Sollte nicht doch vielleicht zwischen diesen Schulden und der geringen Lohnhöhe ein Zusammenhang bestehen? Möglicherweise besteht sogar ein Zusammenhang zwischen niedrigem Lohn und der in dem Artikel beklagten „Nichtanspannung aller Kräfte bis zum Äussersten“.

Dagegen muss ein energischer Kampf geführt werden. Der Eher-Verlag hat die Ursache dieses „Produktionsausfalles“ entdecken lassen. Die deutschen Bergarbeiter haben zuviel Freiheit. Sie arbeiten zwar unter Tag nach strengem Kommando, ihre Freizeit wird „gestaltet“, ihr Denken und Reden wird streng überwacht und geleitet, aber es besteht immer noch der „Wahnsinn, es sei Sache des Einzelnen, auf welche Weise er sein Geld hinauswerfe“. Man sieht sie ordentlich flattern, all die verloderten Hundertmarkscheine der Bergarbeiter und ihrer Frauen. Man wird sich eben entschliessen müssen, diesen leichtfertigen

Die deutsche Finanzklemme

Keine Hilfe durch die neue Anleihe

In Deutschland hat Schacht von dem „Riesenerfolg“ der letzten Anleihe viel Wesen gemacht. Die Aufbringung von 1,6 Milliarden Reichsmark sei der höchste Betrag, der ausser in Kriegzeiten, je aufgebracht worden sei. Das ist allerdings richtig, wobei nur hinzuzufügen ist, dass annähernd die Hälfte der Anleihe von den öffentlichen Kreditinstituten, Versicherungsgesellschaften und Sparkassen zwangsweise übernommen werden musste. Die Erinnerung an Kriegszeiten hätte Schacht aber besser unterlassen, nicht weil sie nicht angebracht wäre, sondern umgekehrt, weil sie so ausserordentlich zutreffend ist. Denn wie in den Kriegsjahren immer wieder durch die Notenpresse neue Geldmittel in die Zirkulation hineingepumpt wurden, die dann durch die Krieganleihe in stets abnehmendem Grade abgeschöpft wurden, so geschieht dasselbe in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft. Statt Banknoten zu drucken, werden allerdings jetzt Sonderwechsel ausgeschrieben. Da diese aber bei der Reichsbank jederzeit diskontfähig sind, so ist der Vorgang im Wesen der gleiche. Es ist immer derselbe Notenbankkredit, auf Grund dessen ein Teil der Ausgaben finanziert wird, nur dass die Aufwendungen der Kriegswirtschaft denn doch noch nicht die phantastische Höhe der Kriegsausgaben erreicht haben.

Von einer wirklichen Konsolidierung könnte erst dann die Rede sein, wenn die Summe der schwebenden Schuld, die die Sonderwechsel darstellen, allmählich erheblich verringert würde. Das ist aber selbst nach deutschem Eingeständnis nicht der Fall. Die Reichskreditgesellschaft hat erst kürzlich darauf verwiesen, dass die sogenannten Konsolidierungsanleihen des Reiches eigentlich nicht der Konsolidierung der kurzfristigen Sonderwechsel, sondern vielmehr der Finanzierung laufender Ausgaben gedient haben. Vergebens verkündet Schacht immer wieder, dass die schwebenden Schulden nur in dem Ausmass vermehrt werden dürften, in dem produktive Güter erzeugt werden. In Wirklichkeit sind die kurzfristigen Wechselschulden zugleich mit den konsolidierten Schulden immer weiter angestiegen. Es ist wirklich genau die gleiche Methode, die bei der Kriegsfinanzierung angewandt wurde und schliesslich zur Inflation geführt hat.

Es kann ja auch nicht anders sein, da die Staatsausgaben dauernd nicht nur die Steuereinnahmen, die im Etatsjahr 1937 13,9 Millionen betragen haben, übersteigen, sondern auch höher sind als Steuer- und Anleiheaufkommen zusammen. Denn nach sehr zuverlässigen Berichten, aus Berliner Wirtschaftskreisen, die unsere eigenen statistischen Berechnungen wieder einmal bestätigen, haben die deutschen Ausgaben im letzten Finanzjahr mit etwa 22,5 Milliarden die 20 Milliarden-Grenze bereits erheblich überschritten. Und die Steigerung geht ununterbrochen voran, neuerdings auch erhöht durch Milliardeninvestitionen für den Ausbau der österreichischen

gegen Schuldenmachern den Lohn in Hitlerbrot, Kartoffeln und der billigsten Marmelade auszuzahlen. Anders ist die Förderungsleistung sicher nicht zu haben.

Der Reinabgang

Auf einer Arbeitstagung der Landeshandwerksmeister, Reichsinnungsmeister und Kammerpräsidenten des Handwerks in Berlin erstattete der „Generalsekretär des Reichsstandes“ Dr. Schüler einen Geschäftsbericht. Er unterstrich, so meldet die deutsche Presse,

„die Tatsache des Reinabganges von 90 000 Handwerksbetrieben in den Jahren 1936 und 1937.“

Die Handwerker aus 90 000 selbständigen Betrieben sind gezwungen worden, in die Fabriken abzuwandern. Wenn in der Republik ein Schuster oder Schneider oder Schlosser seine Werkstatt schliessen musste, so trat spätestens am nächsten Tag ein Werber der nationalsozialistischen Partei durch seine Tür und erklärte ihm, an

Rohstofflager und Wasserkraft, sowie durch den Bau des Rhein-Donau-Kanals, dessen Kosten allein auf 750 Millionen Reichsmark veranschlagt sind. Gegenüber diesem Anschwellen, das für die nationalsozialistische Kriegswirtschaft zwingendes Gesetz ist, bleiben die technisch-finanziellen Mittel, mit denen Schacht der zunehmenden Inflation entgegenzuwirken versucht, ganz unzulänglich. Er hat vor kurzem angekündigt, dass anstelle der Sonderwechsel künftighin Schatzanweisungen treten sollen, mit denen die Industrie für ihre Lieferungen bezahlt wird. Diese Schatzanweisungen unterscheiden sich von den Sonderwechseln dadurch, dass sie bei der Reichsbank nicht mehr diskontiert, sondern nur lombardiert werden können.

Das bedeutet im Wesentlichen aber nur, dass dadurch die Geldbeschaffung der Industrie verteuert wird, nicht aber dass die Industrie darauf verzichten kann, diese Schuldscheine bei Bedarf in Geld zu verwandeln. Alles was durch diese Aenderung bewirkt werden kann, ist also höchstens, dass ein etwas grösserer Teil der schwebenden Schuld länger in den Kassen der Industrie bleiben wird als es bisher der Fall ist. Wenn aber Schacht verlangt, dass die Schatzscheine nur in solchem Umfange ausgegeben werden sollen, in dem sie durch Anleihen wirklich konsolidiert oder aus echten Budgetüberschüssen zurückgezahlt werden können, so wird diese Forderung ebenso unerfüllt bleiben, wie seine bisherigen Mahnungen ungehört verhallt sind. Denn die „Dynamik“ folgt ihrem eigenen Gesetz, und Herr Schacht hat schliesslich erfahren, dass er sich diesem beugen muss.

Das Fortschreiten der Verschuldung ist aber umso bedenklicher, als die Schuldenhöhe bereits ein gefährliches Ausmass erreicht hat. Die Schätzungen in Berliner Wirtschaftskreisen beziffern die Reichsschuld jetzt auf 47—53 Milliarden Reichsmark. Das bedeutet bei viereinhalb Prozent Verzinsung eine jährliche Zinsenlast von etwa 2 bis 2,5 Milliarden, wozu aber noch, da es sich zum grössten Teil um mittelfristige Anleihen handelt, ein Amortisationsbetrag in fast gleicher Höhe hinzuzurechnen ist. Der Gesamtaufwand beträgt also mehr als 4 Milliarden oder bereits mehr als ein Viertel des Steueraufkommens.

Durch den Anschluss Oesterreichs wird das Finanzproblem noch erschwert, da die Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten neue grosse Mittel erfordern wird, die durch Arbeitsbeschaffungswchsel aufgebracht werden. Denn für Oesterreich lässt Göring die von Schacht gewünschten Beschränkungen von vorneherein nicht gelten. Durch die Anwendung der deutschen Devisenzwangsmassnahmen, der Preisüberwachung und der Emissionssperre, lassen sich zunächst die offen inflationistischen Folgen ebenso gut oder ebenso schlecht verhindern, wie dies in Deutschland der Fall ist. Eine gewisse Erleichterung ergibt sich auch daraus, dass jetzt der normale Zinsen- und Tilgungsdienst für die österreichischen

diesem Elend seien allein die Juden und Marxisten schuld. Adolf Hitler, der Retter des Mittelstandes, werde dem Handwerk zu einer neuen Blüte verhelfen, er werde die seligen Zeiten der Meistersinger zurückzaubern. Und die kleinen Leute glauben daran. Nach fünf Jahren Hitlerdiktatur sind zwar die mittelalterlichen Zunftbräue aus ihren Gräbern geholt und, lächerlich herausstaffiert, auf die grosse Theaterbühne des Dritten Reiches geschickt worden, der Handwerkerstand aber ist niemals elender daran gewesen als jetzt, da die Rüstungsindustrie diktiert und billige Arbeitskräfte braucht.

Wer wagt zu behaupten, die 90 000 Betriebe hätten bankrott gemacht? Es handelt sich um keinen Bankrott, es handelt sich um einen „Reinabgang“. Um den Reinabgang der verheissenen Meistersingeridylle,

Deutsche Flottenmanöver

Nachdem in letzter Zeit immer häufiger deutsche Flotten- und Flugzeugmanöver in der Ostsee abgehalten wurden, wobei es zu

Auslandsschulden ebenso eingestellt werden wird, wie für die deutschen. Dabei ist zu beachten, dass die durch das Transfermoratorium den ausländischen Gläubigern vorenthaltenen Beträge den österreichischen Schuldnern ebenso wenig zugute kommen, wie früher den deutschen. Die Schuldner müssen vielmehr den vollen, seinerzeit vereinbarten Zins an die Reichsbank, resp. die Konversionskasse abführen. Das Reich behält die sehr ansehnliche Differenz zwischen den eingezahlten und den wirklich an die Gläubiger abgeführten Beträgen für sich. Diese Gewinne fliessen bekanntlich dem Exportförderungs-fonds zu und dienen zur Finanzierung der Exportprämie. Es ist dies eine der verschiedenen Methoden, durch die Schacht die ausländischen Gläubiger gezwungen hat, das Dumping der ausländischen Industrie durch die deutsche zu bezahlen.

Steigert der Anschluss Oesterreichs die finanzielle Beengtheit Deutschlands, so darf andererseits die wirtschaftliche Stärkung nicht übersehen werden, die Deutschland durch die Annexion erfahren hat. Der Versuch, den Wert eines Wirtschaftsgebietes zahlenmässig festzustellen, ist ziemlich hoffnungslos. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, dass die Werterzeugung des österreichischen Wirtschaftsgebietes um das Vielfache höher ist, als die sämtlicher früheren deutschen Kolonien zusammengekommen. Die Gesamtausfuhr der ehemaligen deutschen Kolonien betrug im Jahre 1936 etwas über 200 Millionen Reichsmark. Oesterreichs Ausfuhr betrug im Jahre 1937 1,2 Milliarden Schilling; dabei betrug nach der österreichischen Statistik die Einfuhr aus Deutschland 233,7 Millionen, die Ausfuhr dahin 179,5 Millionen Schilling. Die Produktivkraft der zum Teil hochqualifizierten österreichischen Arbeiterschaft bedeutet natürlich ungeheuer viel mehr, als die einer noch unentwickelten Kolonialbevölkerung. Die Erschliessung von Kolonien erfordert Jahrzehnte und den Einsatz grosser Kapitalien, um ein Rohstoffgebiet wirklich nutzbar zu machen. In Oesterreich erhält das deutsche Wirtschaftsgebiet demgegenüber ein mit Kapital, Produktionsmitteln und bereits erschlossenen Rohstoffquellen reich ausgestattetes Land. Wirtschaftlich bedeutet also die Annexion Oesterreichs jedenfalls viel mehr als etwa die Eroberung Abessinien. Aber das wird Hitler und seine Leute keinen Moment daran hindern, jetzt erst recht auch die Kolonialforderungen zu steigern. Denn sie fühlen sich jetzt noch stärker als vorher.

Auch darin zeigt sich wieder deutlich, wie falsch es wäre, das Expansionsstreben der Diktaturen bloss aus wirtschaftlichen Motiven zu erklären, und wie illusionär der Glaube ist, sie mit wirtschaftlichen Zugeständnissen befriedigen zu können. Das Machtstreben der Diktaturen ist vielmehr für sie die Bedingung ihrer Existenz und nicht durch Zugeständnisse, sondern nur durch überlegene Macht können sie im Zaum gehalten werden. Dr. Richard Kern.

Verletzungen der schwedischen Territorialgrenze und zu fingierten Angriffen auf schwedische Handelsdampfer kam, werden nunmehr auch von der skandinavischen Nordseeküste ähnliche Dinge berichtet. Die Besatzung des norwegischen Dampfers „Argo“ aus Haugesund beobachtete kürzlich das Staffinuden umfangreicher deutscher Manöver, an denen auch Unterseeboote und Flugzeuge beteiligt waren. Die Übungen fanden an der Südspitze von Karmøy westlich von Skude statt, nur dreiviertel Seemeilen von der norwegischen Territorialgrenze entfernt. Die Rapporte über diese Manöver der Hitlerflotte haben sowohl bei den Osloer Regierungsstellen wie auch in der gesamten Bevölkerung Norwegens naturgemäss stärkste Aufmerksamkeit hervorgerufen.

Befreiung notwendig? Die Essener „Nationalzeitung“ veröffentlicht eine Propagandanotiz über das Elsass mit der Ueberschrift: „Die Leiden der Elsässer“. Das heisst wohl, dass hier auch eine „Befreiung“ nötig ist?

Drückende Wohnungsnot

Wieder Jagd nach der Wohnung in Deutschland

„Hundert Mark demjenigen, der mir eine 2 1/2 bis 3 Zimmerwohnung verschafft, Miets bis 48 Mark.“

Diese Anzeige aus einer niedersächsischen Provinzzeitung schickt uns ein Berichterstatter und bemerkt dazu: Belohnungen für den Nachweis billiger Wohnungen sind keine Einzelfälle. Bei uns herrscht ausgesprochener Mangel an Kleinwohnungen. Wohnungen von fünf und sechs Zimmer für eine Miete über hundert Mark sind sehr viel zu haben; dagegen fehlen Wohnungen bis zu drei Zimmern mit erträglicher Miete. Für eine Dreizimmerwohnung für fünfzig Mark meldeten sich dreissig Bewerber, bevor die Wohnung geräumt war. Es wird heute wieder üblich, einen Abstand für solche Wohnungen zu fordern oder, was im Grunde dasselbe ist, eine Umzugsvergütung zu zahlen. Es gibt wieder die Wohnungsvermittlung als Gewerbe gegen Provisionen.

Es ist ganz natürlich, dass diese starke Nachfrage nach Wohnungen zu einer Durchlöcherung der Preisverordnungen führen muss, und dies um so mehr, als zwar die Haus- und Grundbesitzervereine noch existieren, den Mietern aber ihre Vertretung genommen ist. Man hat zwar durch eine neue Ausführungsverordnung zur Preisstopverordnung bestimmt, dass ab 16. Oktober 1937 jede Neufestsetzung eines höheren Mietpreises „grundsätzlich“ der Einzelgenehmigung durch die Preisbehörde bedarf; man wollte dadurch verhindern, dass der Hausbesitz die durch den Wohnungsmangel geschaffene günstige Situation zur allgemeinen Erhöhung der Mieten ausnutzt. Die ersten Monate der Gültigkeit der neuen Verordnung haben bereits gezeigt, dass eine Erhöhung der Mieten dadurch nicht abgewehrt werden kann. Es ist auch nirgends leichter als im Wohnungswesen Preisverordnungen zu umgehen und Preissteigerung zu verschleiern. Da der Wohnungsmarkt „frei“ ist, zahlt der Wohnungssuchende, der bereit ist, einen hohen Abstand oder eine hohe Belohnung für eine Wohnung zu zahlen, gern und freiwillig eine höhere Miete; er bietet sie sogar an. Ausserdem hat der Hauswirt die Möglichkeit, auf mannigfache Weise eine Erhöhung der Miete vorzunehmen, z. B. durch Abwälzung der Nebenkosten auf den Mieter. Anzeigen wegen Preiswuchers gibt es nicht; einmal sind die entsprechenden Forderungen zu wenig bekannt, und in der Regel zahlt der Inhaber einer preiswerten Wohnung ohne Sträuben etwas mehr, da ihm der Mangel an Kleinwohnungen bekannt ist.

troffenen sieht man dieser Prüfung mit Bangen entgegen; denn die Prüfung jener Fragen ist von der Willkür der NSV, und der Beamten des Wohlfahrtsamtes abhängig. Praktisch ist jene Massnahme eine Sparmassnahme und läuft auf eine Kürzung der Unterstützung hinaus.

Diese Massnahme wird in derselben Zeit durchgeführt, wo ein ausgesprochener Mangel an Kleinwohnungen besteht.

Aus der Pfalz wird uns mitgeteilt:

Die Wohnungsnot ist nicht kleiner, sondern grösser geworden. Ein ungeheurer Mangel besteht an Zwei- und Ein-Zimmer-Wohnungen. Grosse Wohnungen kann man haben, aber da sind die Preise so gesalzen, dass sich der Arbeiter, im Gegensatz zur Weimarer Zeit, keine solche Wohnungen mehr leisten kann.

In Sachsen bieten die Möbelfirmen auf Grund ihrer Beziehungen zu Hausbesitzern die Vermittlung von Wohnungen an, wenn ihnen die Lieferung der neuen Möbel oder wenigstens die Neumöblierung eines Zimmers übertragen wird.

Im „Schwarzen Korps“ inserieren Transportfirmen, die sich bereit erklären, bei Fernumzügen den Herren Beamten usw. Wohnungen zu vermitteln. Wenn das am grünen Holz geschieht . . . wie soll denn ein Arbeiter zu einer Wohnung kommen, die seinem Lohn einigermassen entspricht.

Aus Baden berichtet man uns:

Was die Bautätigkeit im Lande angeht, so ist dieses Jahr schlecht. Ausser einigen Randsiedlungen und einigen kleineren Häusern bauen eigentlich nur die Genossenschaften, die von ihren Zentralstellen den Auftrag erhalten, jedes Jahr so undsoviele neue Wohnungen zu erstellen.

Die Genehmigung zum Bauen lässt immer noch viel zu lange auf sich warten. Und bis erst das notwendige Eisen dazu freigegeben wird, das dauert noch viel länger. Dies alles hemmt den Bauplan ungeheuer.

Ganz schlecht steht es in Mittelbaden mit der Bauerei. In der Stadt K. wird soviel wie nichts gebaut. Hemmend auf die Bautätigkeit wirken auch noch die vielen

Verordnungen, die genau die Ausführung und die Masse vorschreiben. Nur Pläne mit deutschem Baustil werden genehmigt. Der sogenannte Pariser oder französische Baustil ist besonders verpönt. Die Architekten werden von oben her angewiesen, die Baukosten darauf aufmerksam zu machen.

Der Mangel an Kleinwohnungen wird von amtlicher Seite wie folgt begründet: Man jammert darüber, dass die Zahl der errichteten „Volkswohnungen“ um ein Drittel vermindert sei. Das sei nicht die Schuld der Regierung, sondern der untergeordneten Stellen, die als Reichsdarlehen für die zu fördernde Wohnung nicht 1000 Mark, sondern 1500 Mark gäben, und zwar zugunsten der zweiten Hypothek. Der Arbeitsminister hätte zwar die fraglichen Stellen ermächtigt, ausnahmsweise 1500 Mark zu geben; aber aus der Ausnahme sei die Regel geworden.

Dazu schreibt man uns:

Man sieht natürlich nicht ein, warum der Minister diese Tatsache erst erkennt und rügt, nachdem der Mangel an Kleinwohnungen so fühlbar geworden ist. Man sagt sich vielmehr, dass die Reichsmittel für andere Zwecke als die Volkswohlfahrt verwendet werden, und man sieht in solchen amtlichen Erklärungen für die Wohnungsnot nur Beschwichtigungsversuche; eine Aenderung erwartet man von ihnen nicht.

Die deutschen Arbeiter, die unter diesem Wohnungsmangel zu leiden haben, werden gewiss mit besonderem Interesse die beweglichen Klagen Görings aufgenommen haben, der nach Oesterreich fahren musste, um dort Wohnungsnot festzustellen. Sie werden ihren Generalfeldmarschall aber sofort wiedererkannt haben, als er im Anschluss an seine Reden über die Wohnungsnot mit einer gewaltigen Spatenstichelerei einsetzte. Hier eine Flakkaserne, dort ein Fliegerhorst, Hermann Göring-Werke und auch mal ein Elektrizitätswerk, für das schon zum zweitenmal ein feierlicher Spatenstich erfolgt ist, dazwischen immer wieder neue Fliegerhorste und viel Theater. Bald werden alle Deutschen würdig wohnen.

Neuer Judenterror

Ein englischer Schriftsteller, der sich 8 Wochen in Deutschland aufgehalten hat, gibt uns folgende Schilderung:

„Ueber Sachsen und Franken ist im März und April 1938 eine antisemitische Terrorwelle gegangen, die schlimmer gewesen ist, als der mir ebenfalls bekannte Boykott von 1933. Der Raid begann mit Billigung und unter offizieller Führung der NSDAP, und ihrer Unterorganisationen. Die deutsche Arbeitsfront gab nämlich gegen Bezahlung an alle nichtjüdischen Geschäfte rötlich gefärbte Schilder aus, auf denen in schwarzer Schrift „Arisches Geschäft“ aufgedruckt war. Diese Schilder wurden natürlich unter Zwang vertrieben, ihr Inhalt von den Erwerbfern teilweise noch durch Zusätze verstärkt wie „Seit der Gründung arisches Geschäft“ oder „rein arisches Geschäft“. Der ausgesprochene Zweck war, den Beamten, die trotz des bestehenden Verbotes in jüdischen Geschäften kauften, den Vorwand zu nehmen, sie hätten nicht gewusst, dass es sich um einen nicht arischen Laden handelte.“

Trotz dieser Plakatierung kaufte die Bevölkerung weiter in jüdischen Geschäften. In der ersten Hälfte des März 1938 setzte nun plötzlich der organisierte Pogrom ein. Ueber Nacht waren an Schaufenstern, Mauern und Ladentüren aller jüdischen Geschäfte Inschriften mit Wasserglas und unverwischbarer roter Farbe angebracht: „Jude“, „Jüdin“, „Juda verrecke“.

Diese Inschriften waren etwa 50 cm. hoch. Ich habe sie selbst in den Hauptgeschäftstrassen Frankens und Sachsens gesehen, z. B. in Dresden auf der Seestrasse dicht am Altmarkt an Häusern, in denen die Firmen „Etam-Strümpfe“, „Froitzheim-Krawatten“, „Saalbach-Basar“, „Blusen-Ecke“ domizilierten.

Vor allen nichtarischen Geschäften waren am darauf folgenden Morgen Wachen aufgezogen, die die Kunden mit handgreiflichen Mitteln vom Besuch der Geschäfte abhielten. Bei dem in der Willdrufferstrasse gelegenen Wollwarengeschäft „Sa-

xonia“ ging das so weit, dass man die Kunden aus dem Laden herausholte und auf der Strasse misshandelte.

In der König Johannstrasse wurde in der gleichen Weise das Geschäft der Fa. „Robert Eger“-Herrenmode boykottiert. Dieses Geschäft ist, wie ich aus zuverlässiger Quelle erfahren habe, in der 3. Generation im Besitze der Familie. Das Geschäft hat vor etwa einem Jahr sein 75jähriges Jubiläum gefeiert. In diesem Falle habe ich auch erfahren können, dass der Inhaber gezwungen ist, sein Geschäft zu verkaufen, d. h. zu verschleudern. Das soll in der weitaus grössten Zahl der Fälle bei allen nichtarischen Geschäften in Sachsen der Fall sein. In der Parteisprache nennt man diesen Vorgang „arisieren“.

Interessant ist, dass vor den betroffenen Geschäften Polizeibeamte patrouillierten, um den Verkehr zu regeln, weil sich die Menge davor staut, teils um die Käufer zu insultieren, teils um, das allerdings seltener, gegen den Terror Stellung zu nehmen.

Das Publikum, das ich vorsichtig ausfragte, ist der Meinung, dass die Polizeiorgane in der Lage gewesen wären, das Anschreiben der Aufschriften, das in so verkehrsreichen Gegenden nicht verborgen bleiben konnte, zu verhindern. Es ist auch allgemein aufgefallen, dass die Polizeibeamten zwar den Verkehr geregelt haben, um Unfälle zu vermeiden, dass sie aber gegen die Störungen des Geschäftsverkehrs und die Misshandlung der Besucher in keinem Falle eingeschritten sind. Es ist mir gesagt worden, dass die gleiche Aktion in der ganzen Stadt gegen die jüdischen Geschäfte unternommen worden ist. Ich selbst habe aber nur die obigen Beobachtungen in der genannten Stadt gemacht. Ebenso habe ich gehört, ohne das als Zeuge bestätigen zu können, dass sich die Juden an die Polizei gewandt hätten, dass diese Abhilfe versprochen habe, und dass sich die gleichen Vorfälle ungefähr 2 Wochen danach wiederholt hätten, ohne dass die Polizei eingeschritten wäre.“

Nach Dachau

Die Nazis haben nach der Eroberung Oesterreichs hunderte österreichische Arbeiter gezwungen, mit Nazi-Reisegesellschaften ins Dritte Reich zu fahren. Die Kosten dieser Reklamerreisen bezahlte die Deutsche Arbeitsfront mit den deutschen Arbeitenden abgepressten Beiträgen. Die Leitung dieser Reisen übernahm das Reisebüro „Kraft durch Freude“ der Deutschen Arbeitsfront. Die Nazibonzen hatten tatsächlich geglaubt, dass die österreichischen Arbeiter aus dem Nazi-Paradies begeistert zurückkommen werden. Doch diese kostspieligen Reklame-Reisen haben ihnen wenig Erfolg gebracht. Wohl sind einige wenige befriedigt zurückgekehrt — oder haben zumindest aus Furcht vor Nazispitzeln so getan. Die meisten Deutschlandreisenden schweigen vorsichtig, viele erklärten, als ihre Kollegen sie nach ihren Eindrücken fragten: „Es steht uns Schlimmes bevor!“

Ueber die Verpflegung wurde allgemein geklagt. Eine Gruppe jugendlicher Deutschlandreisender hat bei der Rückkehr auf dem Bahnhof in Salzburg laut „Hunger“ gerufen. Ein Arbeiter, der im Betrieb kritisch über seine Reiseerlebnisse berichtete, wurde zur Polizei gerufen; dort wurde ihm erklärt: „Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass von den österreichischen „Kraft durch Freude-Fahrern vierzig gar nicht mehr nach Oesterreich zurückgekommen, sondern gleich nach Dachau ins Konzentrationslager gebracht wurden. Wenn Sie so weiter reden, werden Sie auch hinkommen. Solche Berichte dürfen Sie nicht erstatten!“

Damit ist die Tatsache, die schon vorher aufgefallen war, dass nämlich „Kraft durch Freude“-Fahrer nicht heimgekehrt sind, aufgeklärt. Es heisst, dass sie in Hamburg und Bremen zu viele und vor allem unbequeme Fragen gestellt haben.

Volksgenosse Göring

General Göring wollte sich bei den von den Nazis durch Deutschland geführten österreichischen Arbeitern beliebt machen. Er lud einige zu einem Besuch auf sein Schloss Karinhall ein. Der Eindruck war niederschmetternd. Die Oesterreicher waren über den wahnwitzigen Prunk entsetzt und fragten: „Wie ist es möglich, dass ein Volksgenosse so lebt?“

Die Nazis sind mit dem Erfolg dieser Reisen nicht zufrieden. Es heisst, dass sie nicht mehr fortgesetzt werden sollen.

Die Judenzwiebel

Das muss ihnen der Neid lassen: mit Hilfe des Antisemitismus der Volkseele alle gewünschten Töne zu entlocken, das verstehen sie.

Die deutsche Zwiebelerte ist aufgegeben. Natürlich sind Zwiebeln auf dem Weltmarkt in beliebiger Menge zu haben. Aber man muss mit Devisen bezahlen. Devisen für Zwiebeln statt für Kanonen auszugeben, das bringen die Herren der deutschen Aufrüstung nicht fertig. Andererseits ist es im Rahmen der moralischen Kriegsvorbereitung des deutschen Volkes nicht erwünscht, wenn bei jeder Mahlzeit geknurr wird: „Wieder so ein fadens Essee wegen der verdammten Aufrüstung.“

In diesem Stadium fallen die nicht vorhandenen Zwiebeln in das Ressort des Propagandaministeriums. Goebbels annuntzierte Züge verklärt ein liebliches Lächeln. Der neueste Dreh ist gefunden: „Jüdische Händler haben die Ernte billig aufgekauft und Preissteigerungen bis zu 400 Prozent vorgenommen. Deutschland führt für diesen Wucherpreis keine Zwiebeln ein.“ — Diese Walze wird vom Propagandaministerium gedreht. Gestern wurde begonnen mit angekündigten Pressenotizen, heute gibts Bülletten und morgen wird kein deutscher Familienvater mehr wagen können vor seinem Hitlerjungen auch nur zu sagen: wenn dem deutschen Beefsteak die ge-

wohnte Würze fehlt.

Friedrich Springorum gestorben. Einer der rheinisch-westfälischen Oberscharführer, Friedrich Springorum, ist im Alter von 81 Jahren verstorben. Er war einer der Wegbereiter der Gegenrevolution in Deutschland.

Kampf um Kiruna

Welche Ziele hat Hitler im Norden? - Narvik und die Alandsinseln - Entscheidungspunkte des europäischen Schicksals.

Die Stossrichtung des hitlerdeutschen Imperialismus wird durch den „Drang nach dem Osten“ vorgezeichnet. Aber ebensowenig wie im Schicksal Europas Ost und West von einander zu trennen sind, ebensowenig kann der Norden als ausserhalb der braunen Raubpläne stehend gedacht werden. Im Gegenteil: Der Weg nach dem „Siedlungsland im Osten“ und überhaupt jeder Weg — wohin auch immer — ist für Hitler in einem neuen Weltkrieg ganz undenkbar ohne den Umweg über — Lappland.

Das klingt unsinnig und überspitzt, ist aber doch eine unabwiesbare Tatsache. Den Völkern des Nordens beginnt sie jetzt tiefer ins Bewusstsein einzudringen.

Deutsche Rohstoffquellen — jenseits des Polarkreises.

Klarer und konkreter ausgedrückt: eine deutsche Kriegsführung, die nicht in kürzester Zeit mit Naturnotwendigkeit zusammenbrechen soll, ist undenkbar ohne eine einigermaßen gesicherte Zufuhr jener hochwertigen Eisenerze, die in den lappländischen Gruben von Kiruna und Gällivare gefördert werden. Schon während des Weltkrieges spielte das Lappland für Deutschland eine äusserst gewichtige Rolle. Aber damals konnte das Reich gleichzeitig über die grossen Erzvorkommen in Lothringen verfügen. Die befinden sich jetzt in Frankreichs Hand. Frankreich liefert zurzeit einen grossen Teil des Hauptrohstoffes für die deutsche Aufrüstung. Der allergrösste Teil — etwa 60 Prozent — des gesamten Imports — kommt jedoch aus dem nördlichsten Schweden, aus Lappland. Bei Ausbruch eines Krieges fallen die französischen Lieferungen auf der Stelle fort. Hitlerdeutschland wäre dann restlos davon abhängig, dass die Erztransporte aus Nordschweden keinen Abbruch und keine wesentliche Stockung erleiden. Daran kann kein Gerede von deutscher Wirtschaftsfreiheit und Wehrautarkie und keine Hermann Göring-AG. irgend etwas ändern. Deutschland ist nicht so sehr ein Volk ohne Raum, als vielmehr ein Volk ohne Erz.

Dieses Faktum im Verein mit den Tatsachen gegenwärtiger Erzproduktion und Exportpolitik weisen mit Naturnotwendigkeit den Lapplandgruben, einem Gebiet nördlich des Polarkreises, die Rolle eines Schicksalspunktes der europäischen Entscheidung an.

Im Licht dieser nackten wehrökonomischen Tatsachen und ihrer Konsequenzen muss man die unablässig sich verschärfende deutsche Aggressivität und Kriegsdrohung wider den Norden sehen. In dieser Gesamttaktion ist die immer intensiver, immer kostspieliger in Skandinavien und Finnland betriebene Nazipropaganda nur ein Glied. Sie soll durch „ideologische“ Werbung, aber auch durch Einschüchterung, Erweckung von Ohnmachtsgefühlen usw., den „Ernstfall“ psychologisch vorbereiten. Man malt den angriffslüsternden Sowjetteufel an die Wand und bietet sich als — vorläufig verkannter — Retter in der Not an; man singt das Loblied nordischer Neutralität und setzt gleichzeitig dis-

kret den Preis fest, den der Norden für künftige Achtung seiner Neutralität zu bezahlen haben wird, usw. Goebbels versteht es meisterlich, auf dieser Leier zu spielen und seine Locktöne und Drohweisen äusserst reich — je nach speziellem Bedarf — zu modulieren. So klotzig-draufgängerisch wie in manchen andern Ländern wird im Norden die braundeutsche Propaganda nicht gemacht. Hier muss man pffiffig und überlegt zu Werke gehen. Und man tut das auch. Nebenher freilich finanziert Berlin auch generös die klobig nach Streichermanier betriebene Schimpfpropaganda der nordischen Nazisekten. Hierbei ist vorläufig nicht der mindeste Erfolg zu erhoffen, aber offensichtlich rechnet man in Berlin mit besseren Ergebnissen, sobald eine wesentliche Abschwächung der Konjunktur in den betreffenden Ländern eintreten sollte.

Exportware Nazismus.

Wie gesagt: diese Werbung — die offene und die getarnte — muss im Licht ihrer Zwecksetzung gesehen werden und als Teil einer Gesamttaktik, deren Schwerpunkt im Militärischen liegt. Es geht den Goebbels, Rosenberg und Ribbentrop nicht um die Verbreitung nationalsozialistischer „Weltanschauung“, nicht um das arische Seelenheil des vom Marxismus verführten „nordischen Menschen“. Es geht letztlich um ganz andere, viel realere Dinge, die nicht Werbeluxus für die braunen Weltbildpropheten und Mythologen, sondern Kriegsnotwendigkeit für den braunen Imperialismus sind. Man muss den Zusammenhang sehen zwischen der deutschen Exportware Nazismus und der deutschen Importware Erz. Dann wird man den ganzen Ernst der Bedrohung des Nordens begreifen.

Wir haben oben bereits festgestellt: der Schwerpunkt der deutschen anti-nordischen Aggressivität liegt bereits ganz offen und sichtbar im Militärischen. Das Dritte Reich ist entschlossen, Gewalt einzusetzen, wenn es durch Werbung und Epressung nicht zum Ziel gelangt. Es trifft hierzu seine Vorbereitungen. Wenn wir hier einmal ganz absehen von den gewaltigen Befestigungsanlagen an der deutsch-dänischen Grenze, so sind es vor allem zwei Punkte, an denen Deutschland sich militärisch festzusetzen ganz unverhüllt bestrebt ist. Und zwar sind dies die beiden entscheidenden Schlüsselpositionen, von denen aus der Transportweg nach Lappland und zurück kontrolliert, beherrscht und aussichtsreich gesichert werden kann.

Hitlerflotte bewacht Narvik.

Diese Punkte sind: im Westen — die nordnorwegische Küste mit dem Hafen von Narvik und im Osten: der Alands-Archipel, der zu Finnland gehört und strategisch in mehr als einer Hinsicht ganz eminente Bedeutung hat.

Wenden wir den Blick zunächst nach Narvik. Eine knappe aber viel-sagende Zeittabelle möge die Sachlage deutlich machen:

1936: Häufige Besuche deutscher

Generalstabsoffiziere in Narvik. Besuch Blombergs mit grossem Gefolge. Angebliche „Erholungsreise“ — in Wirklichkeit dem genauen Studium der Hafenanlagen der geostrategischen Verhältnisse usw. gewidmet. Verbunden mit Besichtigungsfahrt zu den nordschwedischen Erzgruben.

1937: Die norwegischen Behörden decken die Tätigkeit deutscher Spionageagenten (z. B. des „Photographen“ Pantenburg) in Narvik auf. Höherer norwegischer Offizier (Nazi!) in die Angelegenheit verwickelt. Ausbildung einer bewaffneten Nazikampftruppe in Narvik.

1938: Die deutschen Kriegsschiffe „Köln“ und „Leipzig“ beziehen — einander ablösend — einen ständigen „Wachtposten“ an der nordnorwegischen Küste, unmittelbar vor dem Hafen von Narvik.

Um die nördlichste Bahn der Welt.

Ueber die strategische und wehrökonomische Bedeutung von Narvik belehrt schon der flüchtigste Blick in den Atlas. Die Stadt ist der Endpunkt der nördlichsten Eisenbahn der Welt, der „Riksgränsbana“. Durch sie ist der äusserst leistungsfähige modern ausgebaute Hafen mit den Lapplandgruben verbunden. Ununterbrochen rollen die Transportzüge aus dem Kiruna-Gällivare-Distrikt zum Atlantischen Ozean hin. Während die Erzverschiffung auf der Ostsee — via Lulea — nur im Sommer möglich ist, ist der Narviker Hafen eisfrei und ganzjährig anwendbar. Der überaus grösste Teil der Transporte hat zum Bestimmungsort die deutsche Ruhrindustrie. Neuerdings interessiert sich auch England stärker als bisher für das Kiruna-Erz.

Nunmehr also kreuzen deutsche Kriegsschiffe ständig auf der Wacht vor dem Erztor Narvik. Dieser Umstand ist natürlich nicht nur in Skandinavien, sondern vor allem auch in England zum Gegenstand erregter Aufmerksamkeit geworden. (Siehe z. B. The New Statesman and Nation Nr. 377 vom 14. Mai 1938.)

„Bereitschaftsdienst“.

Das Interesse der Öffentlichkeit wurde auf den Sachverhalt erstmals hingelenkt, als im März dieses Jahres der Kreuzer „Köln“ auf seinem Wachtposten schwere Sturmschäden erlitt und durch Radiosignale Hilfe herbeirufen musste. Man fragte sich allgemein: was hat die deutsche Flotte ständig in jenen Gewässern zu suchen?

Die offizielle deutsche Auskunft ist so dummdreist, dass sie nur als Hohn aufgefasst werden kann: die deutschen Kriegsschiffe an der nordnorwegischen Küste hätten die Aufgabe, die dort tätigen Fischereifahrzeuge zu inspizieren. Dass die deutsche Marineleitung ausgerechnet zu diesem Zweck Schiffe von der Grösse und Ausrüstung der „Köln“ und „Leipzig“ abkommandiert, — das ist eine Behauptung, von der diejenigen, die sie aufstellten, selbst sicherlich keinen Augenblick annahmen, dass sie irgendwo Glauben finden könne.

In Wahrheit haben — wie man bei den englischen und nordischen Marinestellen genau weiss — die deut-

schon Schiffe die Ordre in ständiger Bereitschaft zu sein, um im Fall eines europäischen Konflikts sofort jeglichen Erztransport von Narvik nach England abzuschneiden und gegebenenfalls jede Lieferungsstockung nach Deutschland zu verhindern, d. h. also praktisch, das Lappland-Erz unter hitlerdeutsche Kontrolle und Gewalt zu zwingen.

Grüssners geheime Denkschrift.

Deutschland will das Lappland-Erz vom Westen und vom Osten her gleichsam in die Zange nehmen. Als östliche Ansatzstelle hierbei kommt in erster Linie Aland in Frage.

Die Alandsinseln zu einem deutschen Angriffs-Stützpunkt zu machen, ist das — nicht völlig aussichtslose — Bemühen des Hitlerreichs. Man hat hierbei durch Sachkundige sorgsame Vorarbeit leisten lassen. Ebensowenig wie es ein Zufall ist, dass gerade in Deutschland im Jahre 1937 eine ungemünzt detaillierte wissenschaftliche Untersuchung über die schwedische Erzproduktion und Erzpoltik (von Dr. Berthold Steinhoff) im Druck erschien — das Werk dient den Kalkulationen des Generalstabs als sichere Unterlage — ebensowenig ist es ein Zufall, dass sich der Generalstabskreisen nahestehende nazistische „Geopolitiker“ Albrecht Joachim Grüssner zum regelrechten Alands-Spezialisten ausgebildet hat. Grüssner hat sich jahrelang auf Aland aufgehalten und — in höherem Auftrag — dort seine „geopolitischen“ Studien betrieben, wie es denn überhaupt im Aland-Archipel von Agenten aller möglichen Mächte und Interessen wimmelt.

Grüssner ist — wie man in eingeweihten Kreisen sehr wohl weiss — auch der Verfasser einer umfangreichen Denkschrift über das Alandproblem, die er im Auftrag des deutschen Generalstabs geschrieben hat.

Der Schlüssel zur Ostsee.

Die Alandsinseln würden dank ihrer geographischen Lage eine strategische Schlüsselposition ersten Ranges derjenigen Grossmacht eröffnen, die den — jetzt demilitarisierten — Archipel mittelbar oder unmittelbar unter ihre Herrschaft bekäme und ihm im Krieg als Flottenstützpunkt nutzen könnte. Narvik ist der westliche, Aland der östliche Schlüssel zu den unermesslichen Erzschatzen des Nordens, zu denen Deutschland Zugang haben muss, wenn es Krieg führen will. Grüssner hat 1937 in einer äusserst interessanten Arbeit über die strategische Bedeutung des Archipels sehr deutlich und sehr bezeichnend auf den Zusammenhang zwischen Alandsinseln und Kiruna-Erz hingedeutet. Er weist nach, dass von einem befestigten Aland aus eine der schwedischen überlegene Seemacht mit Leichtigkeit gegen Stockholm vorstossen und von dort aus nach Norrland und Lappland dringen könne. Hinzu kommt, dass der ausgedehnte, aus unzähligen kleineren und grösseren Schären bestehende Inselkomplex einen geradezu idealen, schier uneinnehmbaren Flottenunterschlupf bietet. Von hier aus kann man die Ostsee be-

herrschen und den Zugang zum finnischen Meerbusen versperren.

Aland — deutscher Flottenstützpunkt?

Zurzeit wird von Deutschland her im ganzen Norden eine teils offene, teils unsichtbare, durch versteckte Kanäle geleitete, sehr geschickte Propaganda für die Befestigung der Inseln getrieben, also für eine Aufhebung jener Konvention zwischen Finnland und Schweden, die eine absolute Demilitarisierung der Inseln statuiert. Hitlerdeutschland wünscht, dass Finnland die Alandsinseln stark befestigt und für den Kriegsgebrauch präpariert. Die Nazis wissen, dass das unter gewissen Umständen leicht in der Praxis eine Auslieferung Alands an deutsche Zwecksetzungen bedeuten könnte. Denn in Finnland ist die Armee vorläufig immer noch ein Staat im Staate, genauer: ein faschistischer im demokratischen Staate. Grosse Teile des Offizierskorps sind innerlich ganz und gar der faschistischen Lappo-Bewegung hörig, und diese wiederum ist ein Werkzeug des deutschen Nazismus geworden. So grossen Terraingewinn in Finnland die Demokratie und Arbeiterbewegung in den letzten Jahren zu verzeichnen hatte, an die Armee vermochte man im wesentlichen nicht heranzukommen.

Es ist behauptet worden, dass bereits zur Vorbereitung von Festungsbauten militärische Studienkommissionen Aland besucht hätten, und zwar Kommissionen, an denen auch deutsche Offiziere beteiligt gewesen seien. Von finnischer Seite sind diese Nachrichten kategorisch dementiert worden. Mag es sich hier also um blosser Gerüchte handeln, so sind doch jedenfalls die — gelinde gesagt — äusserst weitgehenden Beziehungen zwischen gewissen finnischen Armeekreisen und dem deutschen Nazismus keinem Kenner der Sachlage unbekannt. Sie haben mehrfach das Thema erregter Debatten im finnischen Parlament gebildet.

Um das Schicksal des Nordens.

Sollte es tatsächlich zu einem — offenen oder verdeckten — erfolgreichen Vorstoss Hitlerdeutschlands nach Aland kommen, so wäre die Tragweite einer derartigen Entwicklung

von schwer abzusehendem Ausmass. Die nordischen Völker sind aufs äusserste bemüht, in einem eventuellen neuen Weltkrieg ihre Neutralität zu wahren. Leicht wird das nicht sein. Man ist sich jedenfalls im klaren darüber, dass auch Neutralität hohe Verteidigungsbereitschaft voraussetzt. Der Norden rüstet auf. In

Schweden wurden erst vor einigen Wochen wieder 70 Millionen Kronen für Verteidigungszwecke angesetzt. Skandinavien ist entschlossen, an seiner Freiheit, Unabhängigkeit und demokratischen Tradition festzuhalten. Ungerecht und illusionär aber ist es, wenn man — wie es hier und da geschieht — den nordischen Ländern ei-

nen Mangel an aktiver, ausgeprägt antifaschistischer Politik gegenüber Deutschland vorwirft. Man soll nicht von den kleinen, militärisch schwachen Nationen des Nordens Taten und Opfer erwarten, die der kollektiven Sache des Friedens darzubringen bisher keine der demokratischen Grossmächte bereit gewesen ist.

Nordeuropa

Skandinaviens Abwehrfront gegen den Hitlerismus

In der schwedischen Universitätsstadt Lund ist das erste Heft einer neuen, gross angelegten Zeitschrift erschienen, die sich „Nordeuropa“ nennt und in hohem Grade auch ausserhalb der Nordstaaten Interesse verdient, insbesondere das Interesse der deutschen Hitlergegner. Das Blatt unterhält ausser der Hauptredaktion in Lund Zweigredaktionen in den fünf Hauptstädte: Kopenhagen, Stockholm, Oslo, Helsingfors und Reykjavik. „Nordeuropa“ erscheint in zwei Ausgaben, die eine nur in schwedischer, die andere auch in dänischer und norwegischer Sprache. Dem Redaktions- und Mitarbeiterstab gehören in grosser Anzahl bekannte nordische Schriftsteller an.

Was diese „internordische“ Zeitschrift gerade für uns so besonders beachtenswert macht, ist die Tatsache, dass ihr zentrales Thema Hitlerdeutschland ist. Genauer gesagt, sie hat es sich zur Aufgabe gesetzt, die Drohung, die die deutsche Expansion auch für den Norden bedeutet, eingehend zu untersuchen und sowohl in verteidigungspolitischer wie in ökonomischer und kultureller Hinsicht für eine bestimmte Linie der Abwehrstrategie einzutreten. Seit der „Befreiung“ Oesterreichs hat die Bedrohung des Nordens — die schon lange eine Realität ist — an Stärke und Aktualität erheblich zugenommen. Die neue Zeitschrift tritt ein für eine gemeinsame Verteidigungsbereitschaft aller nordischen Länder gegen die braune Gefahr, für einen Bund, der sich nicht in diplomatischen oder ökonomischen Abmachungen erschöpfen, sondern eine lebendige Volksabwehr bilden soll, getragen vom Verteidigungswillen der demokratischen Völker des Nordens und gerichtet gegen die wirtschaftlichen und propagandistischen Unterjochungsabsichten, die von Deutschland ausgehen und in deren Hintergrund die militärische Drohung steht. In der Programmklärung der Zeitschrift heisst es demgemäss:

„In der gegenwärtigen Situation müssen die fünf freien Völker Nordeuropas mit gesammelter Kraft an ihrer Unabhängigkeit festhalten, ihre demokratische Regierungsform und ihre Kultur verteidigen und Recht und Freiheit ihrer Mitbürger schützen. Die Bereitschaft des Nordens zu bewaffneter Neutralität, deren Grundlagen gegenwärtig geschaffen werden, ist ein konsequenter Ausdruck für diesen Gedanken. Aber die materielle Verteidigungsbereitschaft muss komplettiert und gestärkt werden durch eine geistige Aufrüstung, eine Aufklärungsarbeit, deren Spitze sich gegen die ausländischen Friedensbrecher ebensosehr

wie gegen deren einheimische Lakaien richtet. Durch Aufzeichnung konkreter Fakten und durch sachliche, illusionsfreie Analyse wollen wir unsererseits mit aller Kraft an dieser Arbeit teilnehmen. „Nordeuropa“ wendet sich an alle diejenigen Bürger der nordischen Länder, die bereit sind, die Demokratie zu schützen und zu stärken und dadurch Nordeuropas fünf freie Staaten zu einem antifaschistischen Friedensblock zusammenzuschweissen.“

Im leitenden Artikel des ersten Heftes untersucht der Norweger Johan Vogt die Probleme der nordischen Neutralitätsbewahrung im Falle eines europäischen Krieges. Er stellt die Frage des schwedischen Exportes in den Mittelpunkt und vertritt die These, dass jene Art Neutralität, die Schweden während des Krieges 1914—18 zur Anwendung brachte, in einem kommenden Krieg — unter den stark gewandelten Verhältnissen — jeden Sinn verlieren und zum Gegenteil von Neutralität, nämlich zu einer Unterstützung Deutschlands werden müsste. Aus eben diesem Grund sei diese Form von Neutralität auch gar nicht durchführbar, da die Gegner Deutschlands keinesfalls zulassen würden, dass Deutschland während eines Krieges Erz aus dem Norden bezieht. Wir haben nicht die Absicht, uns hier in die zurzeit im ganzen Norden naturgemäss dominierende Diskussion über das Neutralitätsproblem einzuschalten. Wir referieren Vogts Thesen und fügen hinzu, dass ihre Richtigkeit bzw. Anwendbarkeit erheblich umstritten ist, und zwar auch in sozialistischen Kreisen.

In weiteren Arbeiten des ersten Heftes von „Nordeuropa“ untersucht der schwedische Historiker Per Nyström die deutsche „Wehrwirtschaft“, während der Däne Peter P. Rohde ausführlich den deutsch-dänischen Grenzkampf beleuchtet, also die Drohungs-, Erpressungs- und Einschüchterungspolitik des Dritten Reiches gegenüber Dänemark, die auch im „Neuen Vorwärts“ mehrfach Gegenstand eingehender Darstellung war.

Von den zahlreichen anderen, teilweise sehr wertvollen Beiträgen sei als besonders wichtig noch eine äusserst inhaltsreiche Materialsammlung „Det tyska hotel“ („Die deutsche Drohung“) erwähnt, die in reicher Fülle Tatsachen über die Tätigkeit von Goebbelsagenten, Gestapospitzeln, Naziagitatoren usw. in den nordischen Ländern zur Kenntnis bringt und in jedem Heft der Zeitschrift weitergeführt werden soll. Besonders eingehend wird hier das „Wir-

ken“ des deutschen „Sprachlehrers“ Dr. Fritz Rose in Göteborg dargestellt und sein Briefwechsel mit jener Spitzelzentrale in München beleuchtet, die unter dem schönen Namen „Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und zur Pflege des Deutschums“ ihre Tätigkeit betreibt, d. h. Verbindungen mit Agenten in aller Welt aufrecht erhält, ihnen Weisungen erteilt, „Honorarzählungen“ zukommen lässt usw. Wir haben den Fall dieses „Sprachlehrers“ Rose seinerzeit ausführlich im „Neuen Vorwärts“ dargestellt.

Wir deutschen Hitlergegner müssen der Klärungs- und Aufklärungsarbeit, die „Nordeuropa“ leisten will, Dank und Anerkennung zollen. Aber gerade deswegen können wir einen Einwand nicht unterdrücken. Bei aller klar antifaschistischen Haltung sind doch im ersten Heft hier und da auch Sätze und Formulierungen enthalten, die — vielleicht irrigerweise — als deutschfeindlich aufgefasst werden können. So wird z. B. mehrfach der Engländer als „geborener Gentleman“, dem angeblichen Knechtssinn des Deutschen gegenüber gestellt usw. Dass im Norden Hass- und Abscheugefühle stärkster Art gegen das Hitlerregime vorherrschen, ist erfreulich und bestätigt ehrenvoll den Freiheitssinn und die hohe Kultur der nordischen Völker. Aber eine unglückliche Verirrung wäre es, wenn man den Hass wider die Tyrannen auf ihre Opfer übertragen oder ausdehnen würde. Das deutsche Volk ist nicht Träger, sondern Opfer der braunen Despotie! Gerade im Norden, wo für Chauvinismus kein Boden ist, sollte dieser Tatbestand nicht verkannt werden. Und er wird im allgemeinen auch voll erfasst.

Neben der Zeitschrift gibt der Nordeuropa-Verlag auch eine ebenfalls der Aufklärung über den deutschen Nationalsozialismus gewidmete Buchserie heraus, deren erster Band — ein Sammelwerk — im Mai erscheinen wird. Auch dieses Buch soll sich mit der deutschen Drohung gegen den Norden befassen und wird laut Verlagsanzeige völlig neues, bisher unbekanntes Material enthalten.

Der Reichsstatthalter, Der sogenannte Reichsstatthalter von Oesterreich, Seyss-Inquart, wird vom System dazu verwendet, Reden bei kleineren Partei- und SS-Veranstaltungen in der deutschen Provinz zu halten. In Oesterreich hat er weder Beschäftigung, noch etwas zu sagen.

Vorn und hinten

Heckereien an deutschen Kaminen

Im Briefkasten der „Dresdner Nachrichten“ fragte einer diabolisch an, woher das Sprichwort komme: „Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber“ — und ob das Wort jüngeren Datums sei. Die Redaktion antwortete verlegen, Ursprung und Zeit der Entstehung des Wortes sei ihr unbekannt.

Die Antwort erschien am 11. April, am 10. April hatte die Abstimmung über Oesterreich stattgefunden. Vorn wurde der Wahlschwandel verherrlicht, hinten wurden an ein Wort der Demokratie erinnert, das im Dritten Reich gegenstandslos geworden ist, weil es nur noch Abstimmungen gibt, aber keine Wahlen.

Im „Berliner Tageblatt“ (6. Mai) spassit Werner Fink über seinen Uhrmacher und dessen Garantien und wird dann allgemeiner. Verträge gelten nicht und wer, fragt er, garantiert noch für Garantien? Sie sind billiger geworden als die des Uhrmachers. — Im Leitartikel werden Führers Romfahrt samt den Reden und Versprechungen glorifiziert, hinten werden die deutsch-italienischen Versprechungen und Garantien angefroren, damit der denkende Leser nicht ganz erstickt.

Im Aprilheft der Monatsblätter „Volk an der Arbeit“ untersucht ein Gewissenhafter, warum die Sudetendeutschen kein anstän-

diges „Drama der Grenze“ hervorgebracht haben. Da ist zu lesen:

„Die Entscheidungsschlacht wäre im Herzen des Künstlers selbst zu schlagen. Wo sich dieser aber gar nicht anders entscheiden kann und wenn er nicht die Kraft hat, dem Gegner wirklich menschliche Züge zu verleihen, dort kann es auch keine dramatische Lösung geben. Vollends, wenn das Volk, das dargestellt werden soll, nur durch notdürftig verkleidete Versammlungsreden zu Worte kommt, ist kein Drama möglich. Sollen wirklich nicht Wünsche und Träume, sondern wahrhaftige Menschen auf der Bühne aufeinanderprallen, dann müssen eben auch Licht und Schatten gleichmässig auf beide Gegner verteilt sein. Ohne Gerechtigkeit und ohne Liebe kann es kein wahrhaftiges Drama, ja kaum ein Lustspiel geben. Nicht einmal die Anprangerung eines betrügerischen Beamten, wie im „Zerbrochenen Krug“ oder im „Revisor“!

Dann folgt der Sauhieb: „Es sind also nicht allein die Schützgesetze des Staates, die eine Dramatisierung des uns am meisten brennenden Stoffes verhindern.“ Die „DAZ“ druckt den Aufsatz breit nach. Vorn wird vorschriftsmässig wider die angebliche Unterdrückung der Sudetendeutschen gezetert, hinten wird eine Entblösung sudetendeutscher Inferiorität nachgedruckt, um indirekt das gesamte deutsche Drama zur Debatte zu stellen. Denn es krankt an demselben Leiden, nur ist in Hitlerdeutschland durchaus die Staatsräson schuld; der Gegner des Dritten Reiches darf nicht menschlich gesehen werden; wieweit Gerechtigkeit gehen darf, bestimmt der Zensor, darum „kann es kein wahrhaftes Drama geben . . . nicht einmal die Anprangerung eines betrügerischen Beam-

ten . . .“ Wie gut hat es daneben der sudetendeutsche Stückeschreiber, will die „DAZ“ sagen.

Noch schärfer meutert ein Feuilleton der „DAZ“ vom 5. Mai. Ein Berliner Antiquariat stellt Autographien aus. Die „DAZ“ verweist auf den „geistigen Menschen, der sich von seiner Zeit unverstanden glaubt“ und zitiert einen Brief Th. Fontanes:

„Seit Keller und Storm todt sind, welche Dürftigkeit! Liegt es daran (Menzel hat es oft behauptet), dass der Deutsche von Natur kunstfremd ist oder beherrscht der Borussismus alle Gemüther derart, dass auch die Klugen und Talentvollen wie von selbst in den Strom der Staatlichkeit einmünden? Kunst ist nichts, Geheimerath ist alles. Ein Missachtung liegt über dem ganzen Metier und man lässt es nur dann nothdürftig gelten, wenn es sich zur Parteischuhputzerei herabwürdigt.“

Man setze Staatsrat anstelle des Geheimerath — und das Elend der neudeutschen Geisteswelt liegt bloss. Vorn wird die „neue Ausrichtung des Volkes“ vorschriftsmässig angehudelt — hinten geht die Klage über Parteischuhputzerei und Staatsklaverrei. B. Br.

Hunger oder Begeisterung?

Es ist eine heilsame und nützliche Neugier, wissen zu wollen, wie es „wirklich“ in den diktatorisch regierten Ländern aussieht. Reiseberichte aus solchen Ländern begegnen einem natürlichen Interesse, es gibt ihrer ausserordentlich viele, sie sind im „Neuen Vorwärts“ aufmerksam regi-

striert worden. Die Broschüre mit dem Titel „Scènes de la vie hitlérienne“ (Gut Mazeline) erregt Erwartungen, die nicht ganz erfüllt werden, sie gehört zu jenen Schriften, bei deren Lektüre man sich schmerzlich und etwas bitter darüber verwundert, wie wenig der reisende Fremde zu sehen vermag, wie sehr die Schilderung einer reklamebunten Fassade den Berichterstatter zum freiwilligen Helfer des Propagandaministeriums macht.

Zuweilen entspricht eine Beobachtung ungefähr der trüben Wirklichkeit.

„Schauen wir diesem Mann mit dem zu weit gewordenen Weste zu. (Es handelt sich um einen Strassenverkäufer, Mussolini wird gerade in Berlin gefeiert.) Er presst in seinen Händen einen Stramm kleiner italienischer Fahnen. Er starrt sich auf die Passanten und bietet ihnen mit dem Ausdruck von Trunkenheit ein Glück die kostbaren Embleme an. Seine fadenscheinigen Kleider, das blutleere Gesicht, das ein verbeulter Filz beschattet, tragen den Stempel der Armut. Man begegnet seinem Ruf oft gleichgültig. Dann scheint der Mechanismus, der seine Bewegungen in Gang erhält, stillzustehen. Ein Ausdruck von Müdigkeit und Melancholie verbreitet sich auf seinem Gesicht. Aber zweifellos fühlt er sich von einem beamteten Festordnungsbediensteten in der Menge verborgen sein beobachtet, denn indem er sich über seine Unklugheit klar wird, bietet er von neuem den Anblick lebhafter Begeisterung: „Kleine Fahnen! Kleine Fahnen!“

Indessen spürt man auch hier, wie der mit den Verhältnissen nicht Vertraute im Zweifel bleibt, welchen Anteil an allem was er sieht, die Not hat, welchen Anteil der Zwang und welchen der Wille zur Selbsttäuschung.

Europa den Europäern

«Gen Ostland wollen wir reiten»

Seit drei Monaten erscheint im Verlag des Danziger Naziblattes „Danziger Vorposten“ eine Monatszeitschrift, die sich „Der Deutsche im Osten“ nennt, und die es in sich hat. Ihr Redakteur, der Leiter der Pressestelle des Senats der Freien Stadt Danzig, mit Namen Dr. Fuchs, hat dem „Führer“ die Wünsche von den Augen abgesehen und führt deshalb bereits jetzt Monat für Monat den historischen „Ritt nach Ostland“ durch, der bekanntlich noch ein wenig gute Weile hat, da er erst die zweite Programmnummer darstellt, und man noch mit der ersten, die rund um die schöne blaue Donau spielt, beschäftigt ist. Aber man bereitet sich mit nationalsozialistischer Gründlichkeit schon auf die nächste Attraktion vor.

In der Mai-Nummer dieser Zeitschrift ist nun ein Artikel aus der Feder des Reichsamtleiters Werner Daitz erschienen, der „Deutschland und der Ostseeraum“ überschrieben ist und in die Absichten des durchaus offiziellen Kreises der Herausgeber der neuen Zeitschrift einen Einblick gewährt, der an Klarheit nichts zu wünschen übrig lässt. Wie das so üblich ist, werden die Raubgüste der Herren etwas kachiert. Man spricht nicht so offen von „nationaler Notwendigkeit“, sondern gibt sich als guten Europäer und fügt deshalb auch der Überschrift die Unterzeile „Grossraumwirtschaft eine europäische Notwendigkeit“ bei.

Der Verfasser, Herr Reichsamtleiter Daitz, gibt zunächst die historische Umrahmung. Er beklagt — höchst aktuell! — die germanischen Italienzüge des Mittelalters, die eine Fehlleitung gewesen seien, und beginnt dann mit den Sachsen-Kaisern Heinrich I. und Otto I., unter deren Herrschaft „eine Zusammenfassung und Ostwärtsbewegung der Südgermanen diesseits des Rheins begann“, um bei dieser Gelegenheit das Programm — der Sachsen-Kaiser wie folgt zu kennzeichnen:

„Der erste im Entstehen begriffene Volksstaat verstand sogleich auch seine kontinentaleuropäische Verpflichtung: den Lebens- und Wachstumskräften seines Volkes nach dem Osten hin Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen.“

Dann finden Heinrich der Löwe, der Deutschritterorden, die Hanse und „die gleichgerichtete Bewegung der skandinavischen Nordgermanen“ lobende Erwähnung zu dem Zwecke, die „Bewegung“, wenn auch nicht all zu bescheiden, so doch räumlich zu begrenzen. Herr Daitz verkündet:

„Diese erste geschichtliche Ostwärtsbewegung Mitteleuropas und die Zurückdrängung Asiens über den Südostraum und das

Ostseegebiet auf etwa die Linie: Nowgorod—Schwarzes Meer ist der Ausdruck für die erste in der Geschichte genau verfolgbare Rückbesinnung der Völker Kontinentaleuropas auf ihr raumpolitisches Schicksal — sich mit Asien auseinanderzusetzen.“

Aber warum in die historische Ferne greifen? Herr Daitz kommt schon auf den Zweck seiner Erörterungen näher zu sprechen. Er erklärt, dass durch die „in den letzten 100 Jahren erfolgte Unabhängigkeitserklärung der neuentdeckten Erdteile... ein konzentrischer Druck auf Zentraleuropa entstanden“ sei, „der noch verstärkt wurde durch den Druck des Bolschewismus von Asien her“. Der Druck ist jedenfalls gross genug, um aus Herrn Daitz den bereits vorher erwähnten „Pancuro-päer“ eigener Art zu machen, denn er schreibt:

„Nun muss Europa wieder Europa werden. Kontinentaleuropa muss unter dem konzentrischen Druck aus aller Welt einmal wieder seine Völker zu höchster Kraftanstrengung emporreissen und zweitens ein raumpolitisches Schicksal erfüllen. Die Völker Kontinentaleuropas müssen sich wieder, nachdem der Bolschewismus betreten (! D. R.) ist, auf eine neue friedliche Zusammenarbeit mit den Völkern des russischen Raumes vorbereiten, um ihren Lebens- und Wachstumskräften, ihrem Bevölkerungsüberschuss nach dorthin neue Möglichkeiten zu eröffnen zum Nutzen beider Teile.“

Herr Daitz sagt weiter über Europa folgendes aus:

„Es (Europa, D. Rd.) hat aber in den letzten Jahrhunderten nicht aus diesem eigenen Raum und Lebenskräften gelebt, sondern aus den im Westen und Süden neu erschlossenen Kontinenten. Es hat also gewissermassen einen Teil seines Lebensraumes im Osten freiwillig aufgegeben, um eines ausserhalb Europas, in Uebersee, neu gewonnenen willen. Auf Grund ihrer Kolonialhörigkeit gab dann Europa diesen Räumen weniger als es von ihnen nahm. Dies Verfahren nannte sich dann „Weltwirtschaft“.

Da hat Europa aber nicht mit Herrn Daitz gerechnet, denn er erklärt im gleichen Atemzuge:

„Diese Periode ist nun, wie erwähnt, vorbei. Europa muss wieder aus eigener Kraft und damit aus seinem eigenen natürlichen Lebensraum leben und ihn deshalb wieder in neuer Zusammenarbeit nach Verschwinden des Bolschewismus bis zum Ural ausdehnen.“

(Die Linie „Nowgorod—Schwarzes Meer“ — siehe oben — ist also schon ein überwundener Standpunkt. D. Rd.)

Nun aber genug von Europa! Herr Daitz kommt zum Kern der Sache. Wer hat am Ural nichts und wer hat etwas zu suchen? Hören wir Herrn Daitz:

„Naturgemäss sind an dieser Ostwärts-

wendung wenig oder weniger interessiert England, Holland, Belgien, Frankreich, Spanien, Portugal und neuerdings auch Italien, weil diese Randvölker Kontinentaleuropas sich in der letzten 400jährigen Kolonialzeit mit ihrem Führungsraum beziehungsweise ihren Kolonialreichen in den neuentdeckten Erdteilen haben verankern können, so dass sie der heute auf Kontinentaleuropa lastende Druck der politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit der fremden Erdteile nur in beschränktem Masse trifft. Der volle Druck lastet jedoch auf Deutschland und den Völkern Nord- und Osteuropas: von Skandinavien—Finnland bis zur Türkei. Diese können ihren Bevölkerungsüberschuss nicht mehr, wie es 400 Jahre lang möglich war und wie es im gewissen Umfange den vorhin erwähnten Randvölkern Europas auch heute noch möglich ist, nach dem Westen hin abgeben. Sie müssen vielmehr für ihn neue Arbeits- und damit Lebensmöglichkeiten, in einer neuen kameradschaftlichen Zusammenarbeit untereinander und der einheitlichen Ausrichtung nach dem russisch-sibirischen Raum (Auch die Uralgrenze ist, wie wir sehen, noch dehnbar. D. Rd.) hinüber suchen.“

Nachdem Herr Reichsamtleiter Daitz der staunenden Leserschaft noch erklärt, dass „die nationalsozialistische Handelspolitik seit 1933 die Parole sich gestellt hat: Europa den Europäern!“ beweist er die Erfüllung dieses bisher unbekanntes Programmpunktes der NSDAP an dem Beispiel Südosteuropas, indem er erklärt:

„Die deutsche Südostausrichtung hat es in den ersten vier Jahren nach der Machtergreifung fertiggebracht, einen grossen Teil der bisher brachliegenden Wirtschaftskräfte der Völker des Südostrausms von der Tschechoslowakei bis zur Türkei zu erwecken und sie für den Bedarf Deutschlands und dieser Völker untereinander, der bisher aus fremden Kontinenten gedeckt wurde, zu mobilisieren.“

Dann fährt er fort:

„In gleicher Weise versuchte nunmehr Deutschland als das hierzu berufene Land, das den grössten europäischen Bedarf besitzt und im Herzen Europas gelegen ist, auch eine intensivere Zusammenarbeit mit den Völkern des Ostseeraumes in die Wege zu leiten.“

Herr Daitz findet allerdings, dass es im Ostseeraum noch immer nicht richtig klappt. Deshalb wird der Ostseeraum wie folgt an der Ehre gepackt:

„Bei diesem Stand der Dinge liegt es nun an den Völkern des Ostseeraums, durch Intensivierung ihres Handels mit dem deutschen Nachbarvolk, ähnlich wie es bereits der Südostraum getan hat, und vor allem durch Verwendung der neuen deutschen Roh- und Werkstoffe — Kautschuk, Treibstoffe, Zellwolle usw. — die Unabhängigkeit Europas von fremden Kontinenten zu sichern. Auf diese Weise können sie dem grossen Gesichtspunkt der kameradschaftlichen Zusammenarbeit Europas und

gemeinsamen Abwehr des bolschewistischen Druckes aus dem russisch-sibirischen Raum am besten Rechnung tragen.

Zu dieser Verdichtung der gegenseitigen Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und den Ostseeraum-Völkern muss somit nicht nur der gegenseitige wirtschaftliche Vorteil, sondern auch die Einsicht der Völker des Ostseeraums in die grossen Lebenszusammenhänge verhelfen: die Erkenntnis nämlich, dass alle Völker Nord- und Osteuropas, von Skandinavien-Finnland, eingeschlossen Deutschland, bis zur Türkei, in demselben Boot sitzen.“

Herr Daitz ist fertig. In dem gemeinsamen Boot, von dem er spricht, wird zwar mancher Fahrteilnehmer etwas ins Gedränge kommen. Was tut es? Es geht ja um „Europas“ Heil!

Der Führer hat übrigens das gleiche Programm einmal in viel einfacheren Worten umrissen, als er laut „Daily Telegraph“ vom 15. September 1936 erklärte:

„Wenn wir die unberechenbaren Werte und Vorkommen von Rohstoffen im Uralgebirge und die endlosen Getreidefelder der Ukraine zu unserer Verfügung hätten, dann würden wir produzieren und unser deutsches Volk würde im Ueberfluss schwimmen.“

Kriegseid der Geistlichen

Von den deutschen evangelischen Geistlichen wird verlangt, dass sie dem Führer Treue und Gehorsam schwören. Bis zum 31. Mai muss der Eid abgelegt sein. Wer sich weigert, dem wird die Qualifikation für sein Amt abgesprochen werden. Der evangelische Oberkirchenrat hat die Ansprache bekanntgegeben, die den Geistlichen bei der Leistung des Eides vorzulesen ist. U. a. wird darin auf das Neue Testament hingewiesen, das den Christen anbefiehlt, sich der Obrigkeit unterzuordnen. Von dem biblischen Gebot, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen, ist nicht die Rede. Anstatt dessen heisst es,

„dass die Leistung des Treueides in der Form des allgemeingültigen Beamteneides der Rechtsstellung des Pfarrers im Gesamtbereich des öffentlichen Rechts entspreche. Zugleich werde dadurch anerkannt, dass das kirchliche Amt unbeschadet seiner Eigenart dem Amt des öffentlichen Beamten gleichwertig ist. Es sei wie dieses schutzwürdig, gleichzeitig aber auch verpflichtend gegenüber der Gesamtheit des Volkes und seinem Führer. Ein Treueid auf den Führer liege jenseits aller Verschiedenheit kirchlicher Anschauungen, er bedeute die persönliche Bindung an den Führer unter feierlicher Anrufung Gottes.“

Wenn jene Pfarrer, die heute schon in Scheunen und Gasthauseiseln predigen, ihre „Bindung“ an den Gott der Christen höher stellen sollten als die Bindung an Wotan, wenn diese Diener Gottes es ablehnen sollten, sich als Beamte des deutschen Gewaltstaates zu betrachten, so täten sie gut daran. Der geforderte Eid ist ein Kriegseid. Und in den Jahren 1914—18 ist bewiesen worden, dass die christliche Kirche nie schwereren Schaden genommen hat, als in den Tagen, da ihre Diener zu Kriegsbetern wurden und das Giftgas heilig sprachen.

Blunck auf Reisen

Der grosse Nazidichter Hans Friedrich Blunck hat eine Vortragsreise nach dem Norden gemacht. Wahrscheinlich auf Anregung des Propagandaministeriums. Im „Völkischen Beobachter“ plaudert der Heimkehrer nun seine Reiseerlebnisse und -erfahrungen aus. Ganz schlecht ist er auf Stockholm und Oslo zu sprechen. Man habe ihm dort kein Entgegenkommen gezeigt und ihm allerhand „kleine Unfreundlichkeiten“ erwiesen. Er als Deutscher neige dazu, gegen so etwas empfindlich zu sein.

Ist Herr Blunck so naiv oder tut er nur so? Er reist zwecks antidemokratischer Hetzpropaganda in die Welt hinein und wundert sich, wenn er im erdemokratischen Norden nicht auf liebevollsten Entgegenkommen stösst. Er sollte doch lieber heilfroh sein, dass man ihn nicht einfach in ein Konzentrationslager gesteckt hat, was man doch im braunen Deutschland prompt mit einem demokratischen Schriftsteller tun würde, der herbeigereist käme, um für antinazistische Auffassungen zu werben.

Aber im Norden gibt es nun mal keine Konzentrationslager und das freilich ist dem Blunck nun auch wieder nicht recht. Er findet die Skandinavier, die Urarier, seien reichlich schlappe Kerle, ganz ohne feutobarbarischen Furor. Für die Dänen z. B. sei

„ein Mangel an Lebenskühnheit typisch, ein Mangel an jenem lautlos bewegten Zielwillen, der alle Schichten in Deutschland durchglüht, und dessen Fehlen man als Leere empfindet, sobald man — einerlei wo — die Grenzen überschreitet.“

Also sowohl in Dänemark wie überhaupt

überall im Ausland, — einerlei wo man die Grenzen überschreitet, — konstatiert der Blunck einen Mangel an „Lebenskühnheit“. Ausländer sind mithin lebensfeige. Lebenskühn sind nur die Nazis. Blunck, der „dazu neigt“ gegen kleine Unfreundlichkeiten empfindlich zu sein, scheut sich jedenfalls nicht, grosse Unfreundlichkeiten zu sagen. Interessant ist, was er über die Lage der Arbeiter in Dänemark sagt:

„Der dänische Arbeiter steht nicht unter der Lebenshaltung des deutschen...“ „Nicht unter“ — wie vorsichtig, wie diplomatisch der Blunck so etwas ausdrücken kann!

„Er (der dänische Arbeiter) muss aber die Aufrechterhaltung dieses Zustandes durch eine für unsere Begriffe sehr hohe Zahl von Arbeitslosen erkaufen. Sie werden unterhalten. Von bürgerlich-dänischer Seite wird behauptet, dass sie zu gut unterhalten werden, aber da dies Fragen sind, die bei uns nicht mehr an der Tagesordnung stehen, brauchen wir uns mit den häuslichen Auseinandersetzungen der Nachbarn nicht zu befassen.“

Richtig. Deutsche Erwerbslose werden ins nächste beste Arbeitslager gesteckt oder aufs Land verfrachtet. In Dänemark bekommt ein Arbeitsloser mehr an Unterstützung als im Dritten Reich so mancher Vollbeschäftigte an Lohn. Vielleicht hängt der hohe Lebens- und Kulturstandard der dänischen Proletarier irgendwie mit dem „Mangel an Lebenskühnheit“ zusammen.

Aber Blunck weiss noch andere, betrübliche Dinge zu erzählen. Hoffentlich kommt er nicht in den Verdacht, ein Greueltäter zu sein. Er stellt nämlich ehrlicher Weise fest, dass man im Norden die Produkte der Nazidichter fast völlig ignoriert, dafür aber recht ausgiebig die emigrierten deutschen

Autoren beachtet und liest. Sogar Bluncks Freunde tun das.

„Mitunter kommen Einwände sogar von befreundeter Seite her. „Sagen Eure Führer denn nicht selbst“, so fragt man uns, „dass es in Deutschland keine Dichter gäbe, dass die neue Kunst erst in der Zukunft läge, dass wir uns also noch Zeit lassen und inzwischen Eure Emigranten zuende lesen dürfen?“ Es ist eine Frage, die einem recht häufig vorgelegt wurde. „Mein lieber, junger Narr“, konnte man antworten, „lesen Sie jene Aussprüche in der deutschen Form, nicht in der Ihrer Berichterstatter! Was unsere Führer für die Zukunft erwarten, ist ein Goethe, ein Dante, ein Shakespeare, der, wie sie hoffen, einst aus unserem Blut aufwachsen wird. Sie denken nicht daran, das Primat junger deutscher Kunst — ich spreche vom Schrifttum Europas — zu bezweifeln.“

Geduldige Freunde muss der Blunck in Dänemark haben, die sich von ihm mit „lieber junger Narr“ anreden lassen und denen er, der für „kleine Unfreundlichkeiten“ so Empfindliche, einfach sagen darf, dass die dänischen Berichterstatter Lügner und Fälscher sind!

„Allerdings wollen wir zugeben, dass gerade jene Dichtungen, in denen die deutsche Gegenwart eine hohe Blüte zeigt, nicht ohne weiteres auf das Ausland einzuwirken vermögen.“

Diese Erkenntnis hat Blunck also doch aus dem Norden mit nach Hause gebracht. Da er sein eigenes Werk wohl sicherlich mit zur „hohen Blüte“ nazideutscher Gegenwartsdichtung rechnet, darf man wohl mit einiger Befriedigung den Schluss ziehen, dass auch der Werbereisende Blunck trotz eifriger Bemühens „nicht ohne weiteres“ auf das Ausland „einzuwirken“ vermöchte.

Zu wenig Ingenieure

In der Wirtschaftsbeilage des „Völkischen Beobachters“ wird lebhaft Klage darüber geführt, dass Deutschland viele Tausende von Ingenieuren zu wenig habe:

„Tatsache ist, dass wir mit den vorhandenen Ingenieuren die technischen Aufgaben der Jetztzeit nicht lösen können, und dass mit dem derzeit in Ausbildung befindlichen Nachwuchs in der nächsten Zukunft eine Verbesserung dieses Zustandes nicht zu erreichen ist. Es müssen also zusätzlich Tausende von Volksgenossen den Ingenieurberuf ergreifen, wenn wir von einer wirksamen Aenderung sprechen wollen.“

Das ist eine Bankrotterklärung des braunen Erziehungssystems! Vor dem Machtantritt Hitlers war an Ingenieuren in Deutschland kein Mangel. Seitdem mehr Wert auf Marschieren als auf Lernen gelegt wird, ist ein empfindlicher Mangel an qualifizierten Kräften eingetreten.

Ab 1. Juni erscheint in Paris vierzehntägig „Der Sozialistische Kampf“, Schriftleiter Otto Bauer. Die Zeitschrift ist der Nachfolger der „Arbeiterzeitung“ und der internationalen Ausgabe der Monatschrift „Der Kampf“.

Zernatto. Die gleichgeschaltete Presse tobt gegen den ehemaligen österreichischen Staatssekretär Zernatto, der nach Paris emigriert ist. Sie ist besonders erbost, weil Zernatto eine Darstellung des Ueberfalls auf Oesterreich und der Vorgänge, die zu der Berchtesgadener Unterredung geführt haben, veröffentlichen will.

Das Geheimnis der Arbeitsrechtskartei

Aufhebung der Vertrauensratswahlen

Wir hatten im „Neuen Vorwärts“ vom 6. März 1938 auf Grund unserer Informationen darauf hingewiesen, dass die bereits zweimal vertagten Vertrauensratswahlen auch in diesem Jahre wiederum abgesagt werden würden und dazu bemerkt:

„1937 ist die Verschiebung der Wahlen ohne Begründung verfügt worden und 1938 wird man wohl dem deutschen Arbeiter die endgültige Aufhebung der Betriebswahlen bekanntgeben müssen.“

Die Bestätigung unserer ersten Ankündigung ist prompt eingetroffen. Am 1. April 1938 ist die Amtsdauer der Vertrauensräte zum drittenmal, diesmal nicht auf ein weiteres Jahr, sondern bis auf weiteres verlängert worden. Das Regime hat indes nicht den Mut aufgebracht, die damit vollzogene Aufhebung der Wahlen für alle Zukunft bekanntzugeben. Es scheint auch heute noch nicht die Absicht zu bestehen, den § 9 des Arbeitsordnungsgesetzes formell aufzuheben, der die „geheime Wahl“ zum Vertrauensrat vorsieht. Ebenso besteht vorläufig der § 11 weiter, wonach das Amt des Vertrauensrats regelmässig am 1. Mai d. J. beginnt und jeweils am 30. April abläuft. In Wirklichkeit ist die ganze Grundlage dieser sogenannten Arbeitsverfassung bereits praktisch aufgehoben. Aber wie sag ichs meinem Kinde?

Die zahlreichen Blätter der Deutschen Arbeitsfront, ebenso die Arbeitsrechtszeitschriften schweigen in allen Tonarten. Den zu Gross-Deutschland heimgekehrten Arbeitsbrüdern aus Oesterreich müsste man aber irgend etwas zur Situation sagen, denn bei ihnen konnte man beim besten Willen die bisherige Amtsdauer ja nicht verlängern. In den zahllosen Verordnungen für die Ostmark ist zwar auch kein Wort der Aufklärung zu finden. Aber die „Soziale Praxis“ vom 1. Mai bringt in einer verstoßenen Ecke eine kleine Notiz, in der es heisst:

„Die Verlängerung der Amtsdauer ist nicht, wie bisher auf unbestimmte Zeit, sondern — bis auf weiteres — erfolgt. Das dürfte darauf hindeuten, dass die Bestellung der Vertrauensräte neu geregelt werden soll, wobei gleichzeitig auch die Erstreckung der Einrichtung auf Oesterreich erfolgen könnte.“

Der bisherigen Auslegung entsprechend sollen Vertrauensratswahlen völlig unterbleiben und notwendige Neubestellungen im Wege der Berufung durch den Reichstreuhand der Arbeit erfolgen. Die Einzelheiten der Bestellung behandelt Ministerialrat Dr. Steinmann vom Reichsarbeitsministerium in der *Arbeitsrechtskartei* 1938 Heft 643.“

Schamloser als hier ist noch kein Rechtsbruch vollzogen worden. Das Reichsgesetzblatt verkündet die Verlängerung der Amtsdauer, während in Wahrheit das ohnehin dürftige Wahlrecht einfach beseitigt wird. Die gesetzgebende Staatsgewalt verzichtet auf jeden Akt der amtlichen Veröffentlichung und verweist mit einem Dreh auf die von einem Ministerialrat privat herausgegebene Arbeitsrechtskartei. Auf diesem geheimnisvollen Wege erst kann man eine spitzfindig-juristische Erklärung erfahren, die nichts anderes bedeutet, als Wahlrechtsraub in Gestalt einer Amtsdauer-Verlängerung auf immer.

In dieser ominösen Arbeitsrechtskartei IV B lesen wir unter dem Stichwort „Berufung des Vertrauensrats“ über die Verlängerung bis auf weiteres:

„Der Zeitpunkt (künftiger Wahlen) ist damit von den Bedürfnissen der Praxis abhängig gemacht. Das Gesetz findet sowohl auf die Privatwirtschaft, wie auch auf Verwaltungen und Betriebe des öffentlichen Dienstes Anwendung.“

Herr Steinmann fährt fort:

„Das Gesetz wird entsprechend der Auslegung, die bereits die Verlängerungen von 1936 und 1937 erfahren haben, dahin zu verstehen sein, dass sogenannte Vertrauensratswahlen während des Zeitraums der Verlängerung schlechthin zu unterbleiben

haben, dass also Wahlen auch im Einzelfall nicht stattfinden, insbesondere, wenn ein Betrieb neu vertrauensratspflichtig wird. In derartigen Fällen hat die Neubestellung der Vertrauensräte mangels der Möglichkeit der Wahl im Wege der Berufung durch den Reichstreuhand der Arbeit zu erfolgen.“

Das „Bedürfnis der Praxis“ wäre zwar gerade jetzt, den österreichischen Betrieben die Wahl zu ermöglichen, aber entscheidend ist die nun zum dritten Mal von der Arbeitsrechtskartei beliebte Auslegung: also haben die Wahlen „schlechthin zu unterbleiben“. Die Arbeitsrechtskartei könnte ihr Geschäft ebensogut firmieren: Das Recht ist zu den Hunden geflohen.

Die Arbeitsrechtskartei, die zur Quelle neuer Rechtsschöpfung geworden ist, verkündet weiter, dass die Berufung der Vertrauensräte vom Reichstreuhand im Einvernehmen mit dem Betriebsführer und dem Betriebsobmann der D.A.F. in der erforderlichen Anzahl erfolgen wird. Dieses Einvernehmen, so spottet Herr Steinmann weiter, sei notwendig, „da die betriebliche Selbstverwaltung nicht ohne zwingenden Grund beeinträchtigt werden soll.“

Als weiterer Ersatz für die Wahl ist die Befragung der Kreisverwaltungen der DAF über die politische Zuverlässigkeit der Kandidaten eingeführt worden. Die Zahl des noch bestehenden Vertrauensrats kann unabhängig von der Gefolgschaftsstärke innerhalb der Amtsperiode unverändert bleiben, eine weitere Willkür, denn die Amtsperiode hat überhaupt keine zeitliche Begrenzung mehr. Wenn die sogenannten früher noch gewählten Ersatzmänner nicht mehr vorhanden sind, werden neue vom Treuhänder bestellt.

Steinmann „legt aus“, dass es „jetzt allgemein sachgemäss sein wird“, sogleich eine grössere Zahl von Ersatzleuten zu bestellen, damit der Treuhänder nicht dauernd mit dieser Arbeit belastet wird und da in der nun verlängerten Amtszeit mit einem weiteren Ausfall an Vertrauensräten zu rechnen sei. Also es soll jetzt gründlich ausgekämmt werden. Die Neuregelung bringt nicht nur künftige Bestellungen, soweit Vertrauensräte ausscheiden, sondern vor allem Abberufungen durch den Reichstreuhand. Den Abberufungen, so verfügt die Arbeitsrechtskartei, die im AOG „wegen mangelnder persönlicher Eignung“ vorgesehen sind, komme jetzt (nach Beseitigung der Wahl) eine „erhöhte Bedeutung zu“. Denn, so argumentiert die Legislative-Ersatz-Kartei „je länger die Amtszeit wird, umso strenger muss die Prüfung der Eignung sein, da die Auslese, die sonst in kürzeren Zeitab-

schnitten erfolgen konnte, künftig wegfällt.“ Auch für die übrigen Wechselsfälle im Leben der Betriebsgemeinschaft weiss der Ministerialrat Rat zu geben. Ist z. B. das Vertrauensverhältnis eines Vertrauensmannes mit seinem Betriebsführer ohne Verschuldung der VM. „gestört“,

„so wird notfalls auf einen freiwilligen Rücktritt des Vertrauensmannes durch den Reichstreuhand der Arbeit hinzuwirken sein“

Ebenso liegt es im Ermessen des Betriebsführers festzustellen, ob sich in der Zusammensetzung des Vertrauensrats ein offenes Missverhältnis zur Gruppierung der Gefolgschaft nach Angestellten und Arbeitern ergeben hat. Seinem Antrag auf Abberufung oder Ergänzung einzelner Angestellten- oder Arbeitervertreter muss der Reichstreuhand Folge geben.

Die derzeitigen Vertrauensräte im Dritten Reich werden also in der nächsten Zeit, bevor eine „Neuregelung“ im Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit getroffen werden wird, durch Abberufungen, Neuberufungen, Einrücken oder Abrücken der Ersatzmänner in Ordnung gebracht werden. In Oesterreich, wo sämtliche Betriebe im Sinne des Gesetzes „neu vertrauensratspflichtig“ geworden sind, werden alle Vertrauensräte durch Berufung des Reichstreuhanders im Einvernehmen mit den Unternehmern und den Arbeitsfrontbonzen berufen werden. Wenn dann in Gross-Deutschland die Vertrauensräte gereinigt und neu gebildet sind, werden sie eines Tages von sich aus die Abschaffung der gesetzlich vorgesehenen Wahlen mit heldischer Nazi-Energie verlangen. Die dann noch vorhandenen Mitglieder der Vertrauensräte haben kein Interesse mehr, ihre Amtsdauer durch Wahlen oder ähnliche Ueberbleibsel aus der marxistisch-liberalistischen Zeit verkürzen zu lassen. Der so bestellte Vertrauensrat ist reif, sein Amt als Lebensstellung anzusehen. Es steht nichts mehr im Wege, ihm Pensionsberechtigung zuzusprechen.

War der Vertrauensrat nach dem AOG von Anfang an nur ein Scheinersatz für die von den freien Gewerkschaften getragene Betriebsvertretung, so wird künftig auch dieser in der Nazi-Arbeitsverfassung vorgesehene Vertrauensrat des letzten Zusammenhanges mit der Gefolgschaft enttäuscht. Die Marionetten des Reichstreuhanders sollen den „Arbeitsfrieden erhalten“. Sie werden diesem Ziel mit denselben Methoden und Ergebnissen dienen, wie die Nazi-Diktatur für den Frieden der Völker einzutreten vorgibt. S. A.

Wir sind nicht so

Wie gut ist's, dass wir nicht mehr wie die Affen im Walde leben, rauh und ungeleckt. Hätt nicht der Mensch sein besseres Ich entdeckt, wir wären schlechter als das Vieh beschaffen.

Wir sprächen nicht in freier Wechselrede, wir brüllten wie das wilde Waldgetier. Wenn einer andrer Meinung wär als wir, erschlägen wir ihn. Ständig herrschte Fehde.

Wir liessen uns vom grössten Hammel leiten, und brücht ein Starker einen Schwachen um, so ständ das Rudel grinsend rings herum und keiner dächte daran, einzuschreiten.

Und hätten andre Leute andre Nasen, so sagten wir, sie trieben Zauberei. Wir sprächen ihre Sippe vogelfrei, um ihre Weiden selber abzugrasen.

Dem unterlegnen Gegner dreimal wehe! Wir jagten ihn nicht nur aus seinem Hans, wir schlugen ihm auch noch die Zähne aus und zeigten sie einander als Trophäe.

Wenn wir uns derart urwaldhaft betrogen, uns wäre dauernd vor uns selber schlecht. Statt dessen sind wir eitel. Und mit Recht. Wir haben eins dazugelernt: das Lügen.

Undank

Die „Times“ hat sich um die Sache des Dritten Reiches verdient gemacht. Dennoch stösst sie auf bitteren Undank. In der Zeitschrift „Der Hammer“, der ältesten deutschen antisemitischen Zeitschrift, liest man:

„Heute gehört „The Times“ dem Major J. Astor und einem Mitglied der Familie Walter. Die Macht der Astors beruht ausschliesslich auf ihrem Gelde. Ob die Familie Astor jüdisch ist, ist mit Sicherheit nicht festzustellen. Jedenfalls ist es ein ungewöhnlicher englischer Name. Die Familie führt drei fünfzackige Sterne in ihrem Wappen.“

Käse: In Berlin ist eine Werbung „für den Mehrverbrauch von Käse“ durchgeführt worden. Den Abschluss bildete ein Festzug. Von achtzig sinnig geschmückten Wagen herab verteilte man Kostproben an die Berliner, die gewöhnt sind, manches zu schlucken.

Der Sozialistische KAMPF

(La Lutte Socialiste)

Vom 1. Juni 1938 an erscheint in Paris alle 14 Tage

„Der Sozialistische Kampf“, Schriftleiter: Otto Bauer.

folger der „Arbeiterzeitung“ und der in der „Sozialistische Kampf“ ist der Nachinternationalen Ausgabe der Monatsschrift „Der Kampf“. Er wird über das Schicksal der österreichischen Arbeiterklasse im Dritten Reich und die Probleme der politischen, organisatorischen und geistigen Erneuerung des gesamtdeutschen und des internationalen Sozialismus berichten.

Bestellungen an die Verwaltung des „Sozialistischen Kampf“, 20, Avenue Trudaine, Paris 9^e.

Preis einer Nummer 4.—, Vierteljahrsbezugspreis 25.—, Halbjahrsabonnement 50.—Frs., Ganzjahresabonnement 95.—Frs.

An die Bezieher des Neuen Vorwärts!

Wir bitten, Zahlungen nach Paris zu leisten auf Postcheck-Konto Neuer Vorwärts Paris 885.04

Bezugspreise

Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb Frankreichs 1.50 Frs. (für ein Quartal bei freier Lieferung 18 Frs.). Preis der Einzelnummer im Ausland (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern).

Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Tschechoslowakei Kr. 1.40 (18.—), Danzig Gold. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Grossbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift „Neuer Vorwärts“ Karlsbad. Prag 46 140. Polen: „Neuer Vorwärts“ Karlsbad. Warschau 194 750. Schweiz: „Neuer Vorwärts“ Karlsbad. Zürich Nr. VIII 14 697. Rumänien: Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank, Filiale Bukarest, Konto „Neuer Vorwärts“, Bukarest Nr. 2088. Ungarn: Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank Filiale Karlsbad, Konto „Neuer Vorwärts“ Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank, Filiale Belgrad, Konto „Neuer Vorwärts“, Beograd Nr. 51 005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.